

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Streiks im Einzelhandel gehen in die fünfte Woche – Solidarität tut Not – Seite 4***
- ***Einstellung des §129a-Verfahrens! – Seite 7***
- ***NRW will frühkindliche Bildung verbessern – die Zeche zahlen andere – Seite 12***
- ***IG Metall: Vorschläge für die Fachkräfte-Initiative – Seite 19***
- ***Grünbuch der Europäischen Kommission zu Beschäftigungspolitik und Arbeitsvertragsrecht – Seite 21***

Ausgabe Nr. 17 am 23. August 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Die Deutsche Bank will an der Finanzkrise fett werden

Faz, 20.8. maf. Im Zusammenhang mit der weltweiten Finanzkrise erhebt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. August schwere Anschuldigungen gegen die Deutsche Bank und ihren Vorstand Ackermann. Es geht dabei um die Frage, inwieweit das Übergreifen der US-Hypothekenkrise auf das deutsche Bankensystem „zwar nicht verhindert, in ihrer Dramatik aber gebremst (hätte) werden können. Ein erheblicher Teil der Schuld ... wird der Deutschen Bank gegeben, die gleich vierfach ein zweifelhaftes Spiel gespielt haben soll. Sie habe Kreditportefeuilles an die IKB verkauft. Sie habe diese als Treuhänder verwaltet. Sie habe an jenem 27. Juli angesichts der sinkenden Preise für die in den Portefeuilles liegenden Papiere die Kreditlinie für die IKB gesperrt und dafür gesorgt, dass die Finanzaufsicht über deren Schieflage informiert wird. Und sie habe an vorderster Front zu Ramschpreisen zugegriffen, als in der Folge die Kurse der Papiere zusammenbrachen.“ Gegenüber der FAZ wies die Deutsche Bank diese Vorwürfe weit von sich, man habe lediglich als erster die Schwierigkeiten erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Mit dieser Auskunft nicht zufrieden, lässt die FAZ dagegen einen „mit der Materie Vertrauten“ sprechen: „Die Deutsche Bank hat ihre Treuhandfunktion genutzt, um aktiv ihr eigenes Geschäft zu betreiben.“

Rationalisierungswelle in Konzern-Verwaltungen

Handelsblatt, 16.8. rül. Der Vorstand der Telekom überlegt offenbar, zur weiteren Hebung der Rendite in der Zentralverwaltung des Konzerns bis zu 2.000 Jobs zu streichen. Unter anderem soll der gesamte Ausbildungsbereich ausgegliedert werden – so viel von der Telekom zum Thema Facharbeitermangel. Das „Handelsblatt“ weist darauf hin, dass die Telekom nicht der einzige DAX-Konzern ist, der seine Zentralverwaltung drastisch abbaut: Bei Daimler sollen bis 2008 ebenfalls 6.000 Jobs im Verwaltungsbereich wegfallen, bei der Ruhrkohle AG 4.300 Stellen, das ist die Hälfte aller Stellen in diesem Bereich bei der RAG. Die Allianz baut ebenfalls 5.000 Stellen ab. Nach einer Studie bei 150 deutschen Großunternehmen, die in den Bereichen Automobil, Stahl, Pharma, Energie, Chemie und Telekommunikation mehr als 60% der jeweiligen Branchenumsätze abdecken, stünden in den nächsten Jahren 120.000 bis 150.000 Stellen in den Verwaltungen dieser Unternehmen auf der Streichliste, Schwerpunkte seien Automobilkon-

zerne und Versorger. Keine guten Aussichten für den Arbeitsmarkt!

Eckpunkte zum Klimaschutz?

Handelsblatt, 16.8. rül. Staatssekretäre aus vier Bundesministerien (Wirtschaft, Umwelt, Bauen und Verkehr und Finanzen) sollen sich auf die Eckpunkte eines neuen Klimaschutzprogramms verständigt haben, das kommende Woche im Bundeskabinett erörtert werden soll. Danach soll u.a. die KFZ-Steuer künftig auch nach CO₂-Ausstoß gestaffelt werden, bis 2012 soll der durchschnittliche CO₂-Ausstoß neuer PKWs auf 130 Gramm je Kilometer sinken. Derzeit liegt dieser Ausstoß bei durchschnittlich 164 Gramm je Kilometer. Der Anteil von beigemischten Biokraftstoffen soll bis 2020 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Eine Steuer auf Flugbenzin soll es weiter nicht geben, die Fluggesellschaften sollen aber in den Emissionshandel einbezogen werden. Auch die Binnenschifffahrt soll ihre Schiffsmotoren modernisieren, um den Schadstoffausstoß zu senken. Bei neuen Gebäuden soll ab 2008 der Energieverbrauch um 30% gesenkt werden, 2012 ist eine weitere verbindliche Senkung geplant. Der Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärme Gewinnung im Gebäudebereich wird Pflicht, in Neubauten muss 15% erreicht werden, bei Altbauten 10%. Das CO₂-Sanierungsprogramm für Altbauwerke soll ausgeweitet werden, in welchem Umfang, entscheidet vermutlich der Finanzminister. Insgesamt sollen so die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum „Basisjahr“ 1990 bis zum Jahr 2020 um 40% sinken.

Umweltverschmutzung durch EU-Gelder?

www.centropolitan.eu, 17.8. hav. Die österreichische Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 spricht im Zusammenhang mit der stetigen Zunahme des Transitverkehrs durch Österreich von einer klimatefeindlichen EU-Förderpolitik, weil durch die Bevorzugung des Straßenbaus in Osteuropa die Emissionen stark anstiegen. Zwischen 2007 und 2013 wird die EU über die Struktur- und Kohäsionsfonds 177 Milliarden Euro in die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten zahlen. Allein für den Straßenbau seien 25 Milliarden Euro an EU-Steuer Geldern geplant, während magere 4,8 Milliarden Euro für den Ausbau des städtischen und regionalen öffentlichen Verkehrs budgetiert sind. Eine Analyse der derzeitigen EU-Vorhaben lasse befürchten, dass in Osteuropa die gleichen Fehler wiederholt werden wie z.B. damals in Spanien und Portugal. Nur 3,6 Milliarden Euro – oder 2,1% aller EU-Fonds in Osteuropa –

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

sind für Energie-Effizienz und erneuerbare Energie vorgesehen. Dafür sind jedoch 47 Milliarden Euro – das sind 27% aller Fondsgelder – für den Transportsektor geplant. Der Löwenanteil davon, nämlich 25 Milliarden Euro, fließt in den Straßenbau. So plant Polen, das mit Abstand die höchsten EU-Zuwendungen erhält, eine 31%ige Erhöhung seiner Treibhausgasemissionen zwischen 2003 und 2013.

Sprecher der Kosovo-Serben: Nur EU-Protektorat ist machbar

RIA Novosti. 17.8. hav. Die Verwaltung des Kosovo muss an die Europäische Union übergehen, denn jeder andere Plan ist unter Bedingungen einer scharfen Konfrontation der Seiten nicht machbar, hat der Chef der Partei der Kosovo-Serben „Serbische Liste für Kosovo“, Oliver Ivanovic, bekannt. „Als EU-Protektorat bekommt der Kosovo Zugang zu den verschiedenen internationalen Fonds und Finanzanstalten. Das bringt unweigerlich einen Zustrom von Geldern und materiellen Gütern in die Wirtschaft und in den sozialen Bereich des Krajs.“ Nur so könne die Lage politisch und gesellschaftlich stabilisiert werden, sagte der Vorsitzende der „Serbischen Liste für Kosovo“ im Gespräch mit RIA Novosti. Ivanovic sprach sich kategorisch gegen eine Teilung des Kosovo nach ethnischen Merkmalen aus. Die Variante einer Konföderation von Serbien und Kosovo bezeichnete Ivanovic „als unannehmbar für die serbische Seite“, denn sie würde die Unabhängigkeit der beiden Konföderationsstaaten voraussetzen. „Das würde bedeuten, dass Serbien den Kosovo verliert“, konstatierte er.

„Freiheit statt Angst“

vorratsdatenspeicherung.de. scc. Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat auf. Am Samstag, den 22. September 2007, werden besorgte Bürgerinnen und Bürger in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ auf die Straße gehen. Treffpunkt ist der Pariser Platz (Brandenburger Tor) um 14.30 Uhr.

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der „große Bruder“ Staat und die „kleinen Brüder“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Mit der Vorratsspeicherung der Telekommunikation und Online-Durchsu-



chungen von Computern stehen weiter verschärfte Sicherheits- und Überwachungsbefugnisse auf der unersättlichen politischen Agenda. Dabei bewirkt die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung keinen verbesserten Schutz vor Kriminalität, kostet Millionen von Euro und gefährdet die Privatsphäre Unschuldiger. Wo Angst und Aktionismus regieren, bleiben gezielte und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit ebenso auf der Strecke wie ein Angehen der wirklichen, alltäglichen Probleme der Menschen (z.B. Arbeitslosigkeit und Armut). Hinzu kommt: Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, kann sich nicht mehr unbefangen und mutig für seine Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Es entsteht allmählich eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die „nichts zu verbergen“ haben und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht! (...)

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, an der Demo teilzunehmen. Die Politiker sollen sehen, dass die Bürger für ihre Freiheiten wieder auf die Straße gehen! Auf der Demo-Homepage (<http://www.FreiheitstattAngst.de>) finden sich jeweils die neuesten Infos zur Demo, zu Anreisemöglichkeiten und zu Möglichkeiten, mitzuhelfen.

Unsere Forderungen

1. Weniger Überwachung. Wir fordern

- keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung)
- keine geheime Durchsuchung von Computern
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raums, keine automatische Gesichtskontrolle
- Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen, •

keine Vorratsspeicherung von Flugpassagierdaten, • kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen.

2. *Bestehende Überwachungsgesetze auf den Prüfstand stellen.* Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen.

3. *Stopp für neue Überwachungsgesetze.* Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

Unterstützer: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, attac Deutschland, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF), ündnis für Politik- und Meinungsfreiheit e.V., Chaos Computer Club e.V., Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V., DFJV Deutscher Fachjournalisten-Verband AG, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V., FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, FDP-Landesverband in Berlin, Förderverein für eine Freie Informationelle Infrastruktur e.V. (FFII Deutschland), Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V., Forum Menschenrechte, FoeBuD e.V., Freie Ärzteschaft e.V., Grüne Jugend, Humanistische Union e.V., IALANA (Juristen gegen Atomwaffen), Internationale Liga für Menschenrechte, JungdemokratInnen/Junge Linke Bundesverband, Junge Liberale e.V., Labournet.de e.V., Leipziger Kamera, Die Linke Berlin, Netzwerk freies Wissen, Netzwerk Neue Medien e.V., Neue Richtervereinigung e.V., ödp, Piratenpartei, STOP1984, ver.di Bundesvorstand, 82mega-ohm.de

Volksbegehren auf dem Vormarsch

Mehr Demokratie, 14.8. scc. Dem jüngsten bundesweiten Volksbegehrenbericht zufolge hat sich die Zahl neuer Initiativen im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr mit 19 gegenüber 9 mehr als verdoppelt. Nur 1997 wurden mehr Initiativen eingeleitet (22). Auch die Zahl der laufenden Verfahren war mit 24 höher als 2005 (19). Ursachen sieht der Autor der Studie Frank Rehmet v.a. darin, dass Gesetze geändert und Volksbegehren bekannter geworden sind. Außerdem sei die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik größer: „Es gibt offenbar einen großen Bedarf an direkter Mitbestimmung der Bürger zwischen den Wahlen.“ Auffällig sei auch die breite regionale Streuung der Volksbegehren: In neun Bundesländern sind Verfahren eingeleitet worden, die regionalen Schwerpunkte liegen derzeit in NRW und Schleswig-Holstein mit je vier Verfahren. Erfolgreich durchgeführt wurden 2006 dem Verein Mehr Demokratie zufolge ein Volksbegehren zur Wahlrechtsreform in Bremen und ein Volksentscheid zur Reform der direkten Demokratie in Berlin.

Zusammenstellung: scc

Streiks im Einzelhandel gehen in die fünfte Woche – Solidarität tut Not

In Nordrhein-Westfalen dauern die Streikaktionen im Einzel- und Versandhandel bei Redaktionsschluss seit vier, in Hamburg seit über drei Wochen an. In Baden-Württemberg hat die Große Tarifkommission Anfang August nach Warnstreiks und Überabstimmung die Einleitung von Streiks beschlossen. Verschiedene zeitlich begrenzte Streik- und anderen Protestaktionen fanden auch in anderen Bundesländern statt, so während des Sommerschlussverkaufs in Brandenburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern, Anfang August in Halle

(Sachsen-Anhalt), am 18. August in Gera (Thüringen).

Verdi fordert je nach Region Lohn-erhöhungen zwischen 4,5 und 6,5 Prozent mit einer Mindestkomponente zwischen plus 100 und 130 Euro und einen Mindestlohn von 1.500 Euro. Zur Erinnerung: 2006 hatte ver.di nach neun Monaten ohne Erhöhung nur ein Prozent mehr Lohn und eine Pauschalzahlung von 200 Euro erreicht. Aber zur Verhandlung stehen nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch der Manteltarif. Die Arbeitgeberverbände planen die

bisher gültigen Zuschläge für die Arbeitszeiten ab 18 Uhr zu streichen (in Hamburg 20%) und die gesamte Woche von Montag bis Samstag zur Normalarbeitszeit zu erklären, ohne jegliche zusätzliche Vergütung. Die Streichung oder Absenkung der Zuschläge würde die Einkommen der rund 2,6 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel, ganz überwiegend Frauen, weiter senken.

Mitten in der Tarifaueinanset- zung meldete der Hauptverband Einzelhandel, dass im Einzelhandel die Personalkosten zwischen 2000 und 2006



Links: Streik bei Rewe Hamburg. 70% der im Einzelhandel Beschäftigten sind Frauen. Zu den insgesamt 708 Tsd. geringfügig entlohn- ten Beschäftigten kommen laut ver.di weitere 170Tsd. Nebenjobber. (Bild: Rote Reporter). Rechts: Einzelhandelsbeschäftigte machen die Rech- nung auf (Bild ver.di Hessen).

Hamburg: Verdi zieht Bilanz am Ende der zweiten Streikwoche im Einzelhan- del (10.8.)

Rekorde gebrochen – Er- wartungen weit übertroffen

In dieser Woche haben wir mehrere Re- korde gebrochen. Bisher dauerten unse- re längsten Streiks 3 Tage. Bereits am Montag streikten Farmsen und REAL Lurup den 4. Tag, am Dienstag den 5. Tag. Auch REAL St. Pauli und REAL Berliner Tor erreichten am Dienstag ih- ren 4. Streiktag.

Am Dienstag unterbrachen sie ihren Streik, der eigentlich nur 2 Tage dauern sollte – schließlich befinden wir uns noch der Phase rollierender Streiks, unbefristete Streiks folgen erst, wenn auch 2-tägige nicht reichen sollten.

Neu: Bei REAL wurden systematisch Leiharbeitnehmer z.B. der Firma Kötter als Streikbrecher eingesetzt. Manche Kunden fanden das gar nicht witzig und reagierten auf ihre Weise: sie ließen voll gepackte Einkaufswagen einfach ste-

hen. An manchen Tagen wurden in ein- zelnen Märkten bis zu 40 gezählt. Eine interessante Form der Kundenunter- stützung!

Am vergangenen Samstag traten außerdem 180 Beschäftigte aus ca. 30 Penny- und REWE-Märkten in den Streik, am Montag waren es schon 300, die direkt, statt zur Arbeit, ins Gewerk- schaftshaus kamen. Auch sie mochten nicht nur 2 Tage dabei sein: erst am 11. August um 22h unterbrechen sie ihren

Ausstand nach 7 (!) Streiktagen – ein bisher absoluter Rekord.

Zuvor besuchten die Streikenden – es waren am Mittwoch die Kolleginnen von TOOM Altona, Winterhude, Wands- bek und Osdorf hinzugekommen – die REWE-Zentrale in Norderstedt, insge- samt 420 Streikende. Dort wurden wir nicht etwa höflich empfangen, sondern wie Terroristen ausgesperrt, mit zusätz- lichen Sicherheitsleuten und verram- melten Toren. Die Personalchefin – selbst Mitglied der Tarif- kommission der Arbeitge- ber – hatte Sprechverbot und musste die Versamm- lung hinter den Jalousien des Verwaltungsgebäudes verfolgen. Die 300 Streiken- den von PENNY und REWE entschieden sich daraufhin, ihren Streik nicht am Abend zu unterbrechen, sondern fortzusetzen.

Am 9.8. hatten sie wohl ih- ren grandiosen Fehler er-



Solidaritätsaktion bei real in Hamburg. Bild: Rote Reporter

so gering gestiegen sind wie in keinem anderen Dienstleistungsgewerbe: um lediglich 9%, 2006 um gerade 0,7% (Großhandel: 22%). Diese geringe Steigerung hat mehrere Gründe. Trotz Schwankungen steigt der Umsatz deutlich schneller als die Zahl der Beschäftigten, dabei werden immer mehr Vollzeitbeschäftigte durch Teilzeitbeschäftigte ersetzt. Vor allem nimmt der Anteil der Lohnabhängigen mit geringfügiger Beschäftigung zu. Durch anhaltende Rabattschlachten und immer neue Dumping-Angebote, die oft kaum die Kosten decken, wird zudem der Konkurrenzkampf immer härter. „Die Herrschaft des Immer-nur-Billig-Prinzips setzt die ganze Produktionskette unter Druck“, sagte zu Beginn der Streiks ver.di-Fachbereichsleiter Dalibor in einem Interview mit dem Neuen Deutschland (20.7.). „Fragen Sie doch mal einen Landwirt, sehen Sie sich die Umstände an in der Fleischproduktion, in der Nahrungsmittelindustrie! Der Preisdruck der Einzelhändler drückt die Löhne in benachbarten Branchen. Im Einzelhandel droht ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb. Es gibt wirtschaftlich gesehen einfach zu viele Verkaufsflächen, das wissen die Arbeitgeber auch. Die werden aufrechterhalten, um Konkurrenten zu verdrängen, nicht wegen zusätzlicher Umsatzaussichten. Ähnlich wirkt der lange Ladenschluss: Insgesamt wird natürlich nicht mehr Geld ausgegeben, und zusätzliche Öffnungszeiten verursachen höhere Kosten, die der Einzelhandel bei den Arbeitnehmern einzusparen versucht.“ Die Discounter sind auf dem Vormarsch und bestimmen zunehmend Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die durch diese Entwicklungen vo-

kannt. Zahlreiche PENNY-Filialen – vor allem im Raum Harburg – konnten immer noch nicht geöffnet werden, und die Verantwortlichen hatten selbst eine weitere Eskalation ausgelöst. Es erschien Bernfried Dornseifer, Tarifverhandlungsführer in Hamburg, allerdings in seiner Eigenschaft als REWE-Personalverantwortlicher. Zunächst wollte er lediglich mit einer Delegation sprechen. Dies waren schließlich 50 Beschäftigte von REWE, PENNY und TOOM. Es waren denkwürdige und erschütternde 2 Stunden, in denen er sich anhören musste und anhörte, wie grob und respektlos die Beschäftigten oft und regelmäßig von ihren Vorgesetzten, zumeist den Bezirksleitern, behandelt werden und welcher Ton herrscht, auch und gerade den Streikenden gegenüber.

Herr Dornseifer schien selber etwas erschüttert. Er sicherte schließlich vor den Streikenden zu, dass dies nicht gewollt sei und geändert werde – auch bereits dann, wenn die Streikenden eines Tages an ihren Arbeitsplatz zurückkeh-

Beschäftigung und Arbeitszeitvolumen

Jahr	Beschäftigte		davon:				darunter:				Arbeitszeit- volumen***	
			Vollzeit*		Teilzeit*		Teilzeit sv-pflichtig Bt.		Teilzeit geringfügig Bt. **			
in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Mio.Std.	in %	
2000	2.553	97,4	1.423	101,0	1.130	93,2	588	109,3	542	80,3	3.241	102,6
2001	2.564	97,8	1.382	98,1	1.182	97,4	619	114,8	564	83,6	3.201	101,3
2002	2.455	93,6	1.308	92,8	1.147	94,6	491	91,2	656	97,2	2.942	93,1
2003	2.623	100,0	1.409	100,0	1.213	100,0	538	100,0	675	100,0	3.159	100,0
2004	2.590	98,8	1.285	91,2	1.305	107,5	592	109,9	713	105,7	3.017	95,5
2005*	2.603	99,3	1.254	89,0	1.349	111,1	646	119,9	703	104,1	3.018	95,5
2006**	2.585	98,6	1.228	87,1	1.357	111,8	649	120,5	708	104,9	2.978	94,3

rangetriebene Verbilligung der Arbeitskraft wurde in den letzten Jahren durch die Lohnentwicklung bei weitem nicht ausgeglichen. Anfang des Jahres schrieb die Zeitschrift „Focus“ in ihrem „Gehaltsbericht“ nicht nur von niedrigen Gehältern im Einzelhandel, vor allem im Verkauf, sondern vor allem auch von sinkenden: Demnach sank der durchschnittliche Mittelwert des Jahresbruttoeinkommens im Verkauf 2005/06 gegenüber dem Vorjahr um 417 auf 24.120 Euro, bei anderen Einzelhandelsberufen wie Fahrern oder Lagerleitern sah es nicht anders aus.

Bisher haben die Arbeitgeberverbände in keinem einzigen Bundesland ein akzeptables Angebot vorgelegt. Sie spekulieren offensichtlich darauf, dass die Gewerkschaft nicht genügend Druck entfalten kann, da der Organisations-

grad im Einzelhandel relativ niedrig und die Belegschaften wenig kampferfahren sind. Zudem gehen die Einzelhandelskonzerne rigoros gegen die Streiks vor. Aus Hamburg ist bekannt, dass die Metro-Kette in den real-Märkten Leiharbeitskräfte als Streikbrecher einsetzt. (Siehe dazu auch die unten dokumentierte Bilanz.) Streikplakate hängen oft nur kurze Zeit, dann lassen die Geschäftsleitungen sie abhängen. Immerhin organisierten bei solchen Gelegenheiten Unterstützer einige Male Solidaritätsaktionen; unter anderem machten sie mit Spruchbändern und Flugblättern auf den Streik aufmerksam, und in einigen Supermärkten standen auffällig viele mit Waren voll geladene Einkaufswagen herrenlos in den Gängen.

Christiane Schneider

ren. Er erklärte ferner, in Kürze wieder in Tarifverhandlungen einsteigen zu wollen, ohne Genaueres zu möglichen Angeboten der Arbeitgeber zu sagen.

Ebenfalls am 9. August besuchte uns ein Kollege der streikenden Lokführer und ermunterte uns, weiter durchzuhalten. Im Gespräch stellte sich heraus, dass die Einkommenssituation des fahrenden Personals der im Einzelhandel Beschäftigten ziemlich ähnlich ist.

Am 10.8. traten zusätzlich Beschäftigte des EDEKA-Konzerns in den Streik: Marktkauf Harburg, Wilhelmsburg und Bergdorf waren dabei, außerdem das E-Center Hanse. Die Beschäftigten von Toys R Us schlossen sich spontan an.

Wir besuchten den Sprecher des Einzelhandelsverbands, Herrn Kalkmann: Dieser hatte sich im Fernsehen strikt für die Abschaffung der Spät- und Nachtzuschläge ausgesprochen, das wollten wir doch genauer wissen: Zunächst galt er als abwesend, dann erschien er doch lieber und musste sich einiges anhören.



Demonstration am 17.8. in der Hamburger Innenstadt. Bild: ver.di HH

Wie weiter: Am 11.8. sind noch mal alle dabei, in der nächsten Woche werden schließlich andere die Stafette übernehmen. Fest steht jetzt: am 23.8. wird es in Nordrhein-Westfalen ein Sondierungsgespräch geben. Dass es dazu kommt, daran haben wir erheblichen Anteil. Ob am Abend feststeht, dass wir in ernst zunehmende Verhandlungen eintreten, werden wir sehen.

http://handel.hamburg.verdi.de/tarifrunde_eh_2007

Angriff auf Streikrecht

Nachdem sich die Deutsche Bahn AG und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer GDL auf die Schlichtung verständigt haben, stimmten beide Parteien am 10.8. einem vor dem Nürnberger Arbeitsgericht getroffenen Vergleich zu. Die GDL erklärte sich bereit, bis einschließlich 27.8. keine weiteren Streiks durchzuführen, dafür werden alle von der DB beantragten und erwirkten einstweiligen Verfügungen als erledigt und gegenstandslos betrachtet, die zuvor verhängten Streikverbote sind damit aufgehoben. Außerdem verpflichtete sich die DB, gegenüber GDL-Mitgliedern keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Streiks vorzunehmen.

Der Konflikt ist damit nicht erledigt.

Zum einen geht es, wir berichteten, um das Auseinanderbrechen der langjährigen Tarifgemeinschaft zwischen der DGB-Gewerkschaft Transnet (270.000 Mitglieder), der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter und Anwärter (GDBA, 1,2 Mio. Mitglieder) und der GDL, die nach eigenen Angaben 62% des Fahrpersonals organisiert, darunter ca. 80% der 20.000 Lokführer. Der Bruch begann 2002. Damals hatte die GDL die von Transnet unterschriebenen Ergänzungsverträge abgelehnt, weil sie eine Verschlechterung der Ar-

beits- und Einkommensbedingungen für Lokführer und Zugbegleiterinnen bei der DG Regio AG vorsahen. Seither ist es der GDL nicht gelungen, die Interessen der von ihr vertretenen Berufsgruppen in der Tarifgemeinschaft zur Geltung zu bringen. Die GDL will, dass den spezifischen Arbeitsbedingungen der von ihr vertretenen Mitglieder – v.a. unregelmäßiger Schicht- und Wechseldienst mit Dienstbeginn und -ende zu jeder Tages- und Nachtzeit; ständiger Ortswechsel und regelmäßige auswärtige Übernachtungen; dadurch stark eingeschränkte Partizipation am gesellschaftlichen Leben – stärker Rechnung getragen wird. Aus diesen Gründen hatte sie im Mai 2006 beschlossen, in der nächsten Tarifrunde einen speziellen Tarifvertrag für Lokführer, Zugbegleiter und Beschäftigte im Gastronomiebereich abzuschließen. Ihre Forderungen sind vor allem ein Bruttoeinstiegslohn für Mitarbeiter der Bordgastronomie von 1.820 Euro, für Zugbegleiter von 2.180 Euro und für Lokführer von 2.500 Euro sowie die Absenkung der Ar-



beitszeit von 41 auf 40 Stunden. Daran hielt sie auch nach Unterzeichnung eines Tarifvertrages zwischen DB und Transnet sowie GDBA fest, der eine Lohnerhöhung von 4,5% und eine Einmalzahlung von 600 Euro vorsieht.

Bestärkt in ihren Forderungen wird die GDL durch die enormen Umsatzsteigerungen der Deutschen Bahn AG. Im ersten Halbjahr 2007 stieg der Konzernumsatz erneut um rund 6% auf gut 15,4 Mrd. Euro; schon im Vorjahreszeitraum hatte der Zuwachs 4,6% bei einem 25-jährigen Hoch betragen. Seit 1994, dem Beginn der Privatisierung, hat sich das Betriebsergebnis um 5 Mrd. auf plus 2 Mrd. Euro erhöht. In diesem Zeitraum musste das Fahrpersonal einen Reallohnverlust von 9,5% hinnehmen. Gleichzeitig erreichte die Bahn AG eine Steigerung der Produktivität um 200%, die durch Reduzierung der Bahnbeschäftigten um 100.000, der Lokführer um 14.500 und durch entsprechende Steigerung der Arbeitsbelastung herausgepresst wurde.

Das ist der Hintergrund für die Entschlossenheit, mit der die GDL bisher agierte. Umgekehrt will sich die Deutsche Bahn AG fit machen für den Börsengang, deshalb gab sie sich bisher beinhardt gegenüber den Forderungen der GDL. Hinzu kommt, dass die technische Entwicklung die Position der Lokführer tendenziell schwächt. In Japan fahren bereits computergesteuerte Züge regulär – und auf der Nürnberger

Stellungnahmen zum Nürnberger Urteil: „Streik ist ein Grundrecht“

Klaus Ernst, stellvertretender Parteivorsitzender DIE LINKE: Streik ist ein Grundrecht. Arbeitnehmer müssen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen in der Arbeitswelt die Arbeit verweigern können. Und es zeugt für ein soziales Wirtschaftssystem, dass es oftmals gar nicht dazu kommen muss. Wenn jedoch die Deutsche Bahn zur Vorbereitung auf den Börsengang in den letzten 17 Jahren die Hälfte des Personals abbaut, Arbeitszeiten verlängert und Lohndrückerei betreibt, wird deutlich, wie notwendig es für die abhängig Beschäftigten ist, auch streiken zu können. Wie sonst sollen sie sich wirksam wehren?

Unterm Strich bekommen Lokführer in Westeuropa bis zum Doppelten des Nettolohns ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen. Dies ist unhaltbar. Die niedrigen Einkommen betreffen aber nicht nur Lokführer. Während der Konzern für 2007 Gewinne von rund 1,4 Milliarden Euro erwartet, mussten die Beschäftigten in den letzten zehn Jahren Reallohnverluste von ca. zehn Prozent hinnehmen. Diese gemeinsame Situation sollte eine gemeinsame Strategie

zur Folge haben. Mit einem weiteren Auseinanderdriften der Belegschaften in unterschiedliche Tarifbereiche droht allen beteiligten Gewerkschaften die Schwächung ihrer Kampfkraft. Langfristig kann das Ziel nur ein einheitlicher Tarifvertrag mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen für alle sein.

Neues Deutschland, 11.8.

Arbeitsrechtler sind einigermaßen überrascht über dieses Urteil. Der bekannte Hamburger Professor Ulrich Zachert etwa spricht von einem „nie dagewesenen Fall“. Er sei wegen des Nürnberger Richterspruchs „in tiefer Sorge“; aus seiner Sicht handelt es sich „um eine Art richterrechtliches Taft-Hartley-Gesetz“. Dieses Gesetz, von rechten Senatoren in den USA 1947 gegen den Willen des damaligen USA-Präsidenten Truman durchgesetzt, erlaubte es der Regierung, Streiks zeitweise zu verbieten, und hatte eine enorme Schwächung der damals noch starken Gewerkschaften in den USA zur Folge.

„Streiks richten immer Schäden an, darum geht es ja dabei“, sagt Zachert. Aus seiner Sicht stellt das Nürnberger Urteil eine „Tarifzensur durch die Hintertür“ dar und würde höchstgerichtlich kaum Bestand haben. (...) Der

Jurist verweist auf einen Spruch des Bundesverfassungsgerichtes, das 1991 eine „Verhältnismäßigkeitsprüfung, die schon bei den Angriffskampfmitteln ansetzte“, für unzulässig erklärte, weil auf diese Weise die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie verletzt werde.

Die Situation um den Bahnstreik ist deswegen so kompliziert, weil es in Deutschland keine Streikgesetzgebung gibt, sondern sich das Arbeitskampfrecht als sogenanntes Richterrecht aus Gerichtsentscheidungen ergibt. Daher haben deutsche Arbeitsgerichte zumindest in der ersten Instanz einen großen Entscheidungsspielraum. Den haben die Richter jetzt weidlich ausgenutzt – wohl auch, weil in diesem Fall ein Widerspruch des mächtigen DGB nicht zu erwarten ist, denn die DGB-Bahngewerkschaft Transnet steht in scharfer Konkurrenz zur GDL, die zum Beamtenbund gehört.

Zachert warnt aber die DGB-Gewerkschaften aus juristischer Sicht vor Schadenfreude: „Einem solchen Angriff auf das Streikrecht müssen alle Gewerkschafter entgegenreten. Das nächste Mal könnten sie selbst betroffen sein.“

Neues Deutschland, 9.8.

Jurist hält Streikverbot für fragwürdig. Im Tauziehen um den Lokführerstreik

U-Bahn-Linie 3 werden gerade von Siemens Transportation Systems hergestellte führerlose Doppeltriebwagen getestet. Ab Frühjahr 2008 sollen bei der VAG Nürnberg nach und nach 32 führerlose Züge alte Triebwagen und ihre Fahrer ersetzen. Beobachtung und Kontrolle erfolgen dann aus einem zentralen Leitstand heraus.

Zum anderen, um damit auf die zweite Dimension des Konflikts zu kommen, geht es um das Streikrecht, das die Deutsche Bahn mit Unterstützung erheblicher Teile der Öffentlichkeit einzuschränken versucht. Bevor sie den oben erwähnten Vergleich schloss, hat sie sich mit mehreren einstweiligen Verfügungen gegen die GDL durchgesetzt. Zuletzt hatte das Nürnberger Arbeitsgericht der GDL bis zum 30.9.07 verboten, zu Streiks aufzurufen bzw. Streiks durchzuführen. Die Begründung des Gerichts:

„Das Gericht hat Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angekündigten Streiks. (...) Durch den Streik drohen nicht nur den Antragstellern, sondern der gesamten Volkswirtschaft insbesondere in der Hauptreisezeit immense wirtschaftliche Schäden. Ein mögliches Streikrecht der Antragsgegnerin wird durch die vorläufige Untersagung nur befristet eingeschränkt. Im Rahmen einer Gesamtabwägung ist diese Einschränkung angesichts der irreversiblen Folgen derzeit eher hinzunehmen als einen möglicherweise rechtswidri-

gen Streik zuzulassen.“ (Aktenzeichen 13 GA 65/07)

Prompt setzte Arbeitgeberpräsident Hundt nach: Wenn das Prinzip „Ein Unternehmen, ein Tarifvertrag“ nicht mehr gelte, könnten Unternehmen auch nach einem Tarifabschluss für alle Beschäftigten von einzelnen Berufsgruppen in neue Auseinandersetzungen gezogen werden. „Der Gesetzgeber muss daher klarstellen“, forderte er, „dass Arbeitskämpfe einer kleinen, spezialisierten Minderheit zulasten der Mehrheit der Beschäftigten unverhältnismäßig und unzulässig sind, wenn für alle Arbeitnehmer ein Tarifvertrag besteht und der Streik der Minderheit nur den Interessen dieser Minderheit gilt.“ (Handelsblatt online 8.8.)

Nicht weniger deutlich äußerte sich Gesamtmetallchef Kannegießer, der nicht nur im Fall „einer kleinen Sondergruppe“ eine gesetzliche „Klarstellung“ verlangte, sondern überhaupt eine „bedenkliche Tendenz“ sieht, „dass die Hemmschwelle sinkt, das Mittel des Streiks anzuwenden“. Wenn die Gewerkschaften nicht „ein vernünftiges Maß halten“ und man sich nicht auf „kluge Verhandlungs- und Schlichtungsprozesse vor dem Mittel des Arbeitskamps verständigen“ könne, dann „bliebe ... gar keine andere Möglichkeit, als dass die Politik eingreift“. (Handelsblatt, 17.8.) *Christiane Schneider*

Quelle: Handelsblatt, Financial Times und weitere Tagespresse; www.sozialismus.de; Telepolis

kritisiert der Arbeitsrechtler Professor Hermann Reichold von der Universität Tübingen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Nürnberg. Die Entscheidung den Streik zu verbieten sei juristisch nicht haltbar, sagte Reichold gegenüber dem SWR.

Das Arbeitsgericht Nürnberg sei nicht befugt, bundesweit Recht zu sprechen, sagte Reichold. Damit sei seiner Meinung nach das Urteil vom Mittwoch hinfällig. Ebenso hält er die Begründung der Nürnberger Richter für nicht haltbar. Jede Gewerkschaft habe laut Grundgesetz das Recht zu streiken, wenn die Verhandlungen gescheitert seien. Das sei bei der Lokführergewerkschaft GDL der Fall.

www.swr.de/nachrichten/bw/?id=1622&nid=1622&did=2446866/z6fc0u/

Grußadresse an die zum Streik entschlossenen Eisenbahner ...

„Werte Kollegen, es scheint in dieser Zeit wieder zur gängigen Praxis zu werden, dass elementare bürgerliche Grundrechte mit Füßen getreten werden. Und das war in der Geschichte so und ist auch heute so: Gemeint damit ist letztendlich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der Angriff auf das Streikrecht, angezettelt von der Konzernetage, ausgeführt von einem Nürn-

berger Gericht, ist ein Angriff nicht nur auf Euch Eisenbahner, sondern auf uns alle.

Als aktive IG Metaller halten wir Euren Streik für absolut gerechtfertigt, zumal Ihr nichts anderes einfordert, als einen Facharbeiterlohn als menschenwürdige Arbeitsbedingungen in einer hoch verantwortungsvollen Arbeit.

Ja, wir sind entschiedene Befürworter einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen sie, um schlagkräftig zu sein (und wir bräuchten sie, um jetzt z.B. dem Nürnberger Gericht und Herrn Mehdorn die gemeinsame deutliche Antwort aller Arbeiter zu geben, egal ob Lokführer oder Metallarbeiter). Wer im Verein mit Mehdorn von Spaltung redet, sich gleichzeitig offen für die Privatisierung der Bahn ausspricht und dann noch öffentlich zum Streikbruch aufruft, der hat in einer Gewerkschaft nichts zu suchen.

In diesem Sinne: Lasst Euch nicht entmutigen und macht weiter! Unsere Kollegen schauen auf Euch mit großer Sympathie. Wir versprechen Euch, alles dafür zu tun, dass das Wort „Solidarität“ keine hohle Phrase bleibt!

Im Namen 26 weiterer Betriebsräte und Vertrauensleute von DaimlerChrysler, Werk Bremen, kämpferische Grüße ...

www.labournet.de

Einstellung des §129a-Verfahrens!

Am 31. Juli wurden die Wohnungen und teilweise auch die Arbeitsplätze von sieben Menschen in Berlin und Leipzig durchsucht. Dabei wurde der Sozialwissenschaftler Andrej H. festgenommen. Wenige Stunden zuvor waren Florian L., Axel H. und Oliver R. ebenfalls festgenommen worden, angeblich bei dem Versuch, Bundeswehrfahrzeuge in Brandenburg anzuzünden. Allen vier inzwischen Verhafteten und drei weiteren Personen wird die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§129a StGB) vorgeworfen.

Bundesweiten und internationalen Protest hat diese erneute Repression nicht nur wegen der exzessiven Verwendung des Terrorismusvorwurfs und der Unverhältnismäßigkeit der Mittel (so wurden die Festgenommenen per Hubschrauber nach Karlsruhe verbracht) hervorgerufen. Im Mittelpunkt der Kritik steht der Versuch der Karlsruher Verfolgungsbehörde, mithilfe des §129a kritische Wissenschaft mundtot zu machen. Wir dokumentieren einen Offenen Brief eines internationalen Wissenschaftler-Kreises. Weitere Informationen, Stellungnahmen und offene Briefe finden sich unter: <http://einstellung.so36.net/>

Offener Brief an die Generalbundesanwaltschaft gegen die Kriminalisierung von kritischer Wissenschaft und politischem Engagement

Am 31. Juli 2007 wurden die Wohnungen und teilweise auch die Arbeitsplätze von Dr. Andrej Holm und Dr. Matthias B. sowie von zwei weiteren Personen durchsucht. Dr. Andrej Holm wurde festgenommen, mit einem Hubschrauber zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe geflogen und dort dem Haftrichter vorgeführt. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft in Berlin. Der Vorwurf lautet bei allen, „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB“. Sie sollen Mitglieder einer „militante Gruppe“ (mg) sein. Wie im Rahmen der Hausdurchsuchungen bekannt wurde, läuft das Ermittlungsverfahren unter diesem Vorwurf gegen die vier bereits seit September 2006 – und sie wurden seitdem rund um die Uhr observiert.

Wenige Stunden vor den Hausdurchsuchungen wurden in Brandenburg Florian L., Oliver R. und Axel H. festgenommen. Ihnen wird versuchte Brandstiftung auf vier Fahrzeuge der Bundeswehr vorgeworfen. Andrej Holm soll einen der drei im ersten Halbjahr 2007 zweimal unter angeblich konspirativen Umständen getroffen haben.

Die Bundesanwaltschaft geht deshalb davon aus, dass sowohl die vier oben Genannten als auch die drei in Branden-

burg Festgenommenen Mitglieder einer „militanten gruppe“ seien und ermittelt gegen alle sieben wegen des Verdachts der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§129a StGB).

Der Vorwurf gegen die vier Erstgenannten wird laut Haftbefehl gegen Andrej Holm derzeit so begründet:

- Dr. Matthias B. habe in seinen wissenschaftlichen Abhandlungen „Phrasen und Schlagwörter“ verwendet habe, die auch die „mg“ verwende;
- Dr. Matthias B. sei als promovierter Politologe intellektuell in der Lage, „die anspruchsvollen Texte der ‚militanten gruppe‘“ zu verfassen. Darüber hinaus stünden ihm „als Mitarbeiter eines Forschungsinstituts Bibliotheken zur Verfügung, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der Texte der ‚militanten gruppe‘ erforderlichen Recherchen durchzuführen“;
- Ein weiterer Beschuldigter habe sich mit Verdächtigen konspirativ getroffen: „So wurden regelmäßig Treffen vereinbart, ohne jedoch über Ort, Zeit und Inhalt der Zusammenkünfte zu sprechen“; er sei zudem in der „links-extremistischen Szene“ aktiv gewesen.
- Bei einem dritten Beschuligten sei eine Adressenliste gefunden worden, auf der auch die Namen und Anschriften der anderen drei standen;
- Dr. Andrej Holm, der als Stadtsoziologe arbeite, habe enge Kontakte zu allen drei in Freiheit befindlichen Beschuligten,
- Dr. Andrej Holm sei „in dem von der linksextremistischen Szene inszenierten Widerstand gegen den Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligen-damm aktiv“ gewesen.
- Als konspiratives Verhalten wird u.a. gewertet, dass er angeblich absichtlich sein Mobiltelefon nicht zu einem Treffen mitnahm.

Andrej Holm sowie Florian L., Oliver R. und Axel H. sind seit dem 1.8.2007 unter sehr rigiden Bedingungen in Berlin-Moabit inhaftiert: Sie sind 23 Stunden am Tag in einer Einzelzelle und haben eine Stunde Hofgang. Sie können alle 14 Tage für insgesamt eine halbe Stunde besucht werden, Kontakte sind nur mit Trennscheibe erlaubt. Auch die Anwälte können mit ihren Mandanten nur mit Trennscheibe sprechen, die Verteidigerpost wird kontrolliert.

Aus den Vorwürfen in den Haftbefehlen wird ein Konstrukt deutlich, dass auf abenteuerlichen Analogieschlüssen basiert. Es ist von vier grundlegenden Hypothesen getragen, die alle von der Bundesanwaltschaft (BAW) [Attorney of the Federal Supreme Court] nicht genauer belegt werden können, aber durch ihre Zusammenstellung den Eindruck einer „terroristischen Vereinigung“ hinterlassen sollen.

Die Sozialwissenschaftler seien

wegen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, ihrer intellektuellen Fähigkeiten und dem Zugang zu Bibliotheken die geistigen Köpfe der angeblichen „Terror-Organisation“. Denn eine Vereinigung „militante gruppe“ soll laut BAW dieselben Begriffe verwenden wie die beschuldigten Sozialwissenschaftler. Als Beleg dafür gilt ihr der Begriff „Gentrification“, einer der Forschungsschwerpunkte von Andrej Holm und Matthias B. in den vergangenen Jahren, zu dem sie auch international publiziert haben. Ihre Forschungsergebnisse haben sie dabei nicht im ivory tower gelassen, sondern ihre Expertise auch Bürgerinitiativen und Mieterorganisationen zur Verfügung gestellt – **so wird eine intellektuelle Urhebererschaft konstruiert.**

Da Andrej Holm Freunde, Bekannte und Kollegen hat, geraten diese nun ebenfalls in Verdacht, „Terroristen“ zu sein, denn sie kennen Andrej Holm. Einem anderen Beschuligten wird vorgeworfen, dass in seinem Adressbuch die Namen von Andrej Holm und zwei weiteren Beschuligten stehen (sie sind nicht in Haft, gelten nun aber ebenfalls als „Terroristen“) – **so wird eine Kontaktschuld eingeführt.**

Einigen Beschuligten wird vorgeworfen, sich „konspirativ“ verhalten zu haben: Sie hätten Gespräche geführt, ohne ihr mobile phone dabei zu haben; sie hätten sich am Telefon verabredet, ohne Uhrzeit und Treffpunkt zu nennen. Kriminalisiert wird also der Versuch, seine Privatsphäre zu schützen – **so wird als weiterer „Beweis“ für die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ ein konspiratives Verhalten unterstellt.**

Der 1976 in Deutschland eingeführte § 129a macht es möglich, unsere Kollegen als „Terroristen“ zu kriminalisieren – **so wird eine „terroristische Gruppe“ nach § 129a behauptet.**

Mit diesen Konstrukten wird jede wissenschaftliche Tätigkeit und politische Arbeit als potentiell kriminell dargestellt – insbesondere wenn es sich um politisch engagierte Kollegen handelt, die auch in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen. – **damit wird kritische Forschung, und gerade die, die mit politischem Engagement verbunden ist, zur ideologischen Rädelsführerschaft und „Terrorismus“.**

Wir fordern die Bundesanwaltschaft auf, umgehend das § 129a-Verfahren gegen alle Beteiligten einzustellen und Andrej Holm sowie die anderen Inhaftierten sofort aus der Haft zu entlassen. Wir verwahren uns aufs Schärfste gegen den unglaublichen Vorwurf, die wissenschaftliche Tätigkeit und das politische Engagement von Andrej Holm sei als intellektuelle Mittäterschaft in einer angeblichen „terroristischen Vereinigung“ zu bewerten. Aus der wissenschaftlichen und politischen Arbeit von An-

drej Holm lässt sich kein Haftbefehl herleiten – vielmehr wird hier von der Bundesanwaltschaft mit dem § 129a die Freiheit von Forschung und Lehre ebenso bedroht wie gesellschaftspolitisches Engagement. 15.8.2007

Zu den Erstunterzeichnern gehören:

Prof. Dr. Manuel Aalbers (Universiteit van Amsterdam), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Freie Universität Berlin), **Prof. Dr. Rowland Atkinson** (University of Tasmania, Australien), **Prof. Dr. Lawrence D. Berg** (Canada Research Chair in Human Rights, Diversity & Identity, University of British Columbia), **Prof. Dr. Neil Brenner** (New York University, Sociology), **Prof. Dr. Craig Calhoun** (President, Social Science Research Council, and University Professor, Sociology, NYU), **Prof. Dr. Mike Davis** (Prof. of Urban History, Irvine/USA), **Prof. Dr. Michael Dear** (Professor of Geography at the University of Southern California/Los Angeles), **Prof. Dr. Frank Deppe** (Universität Bremen), **Prof. Dr. Michael Edwards** (The Bartlett Centre for Architecture and Planning, UCL, London), **Prof. Dr. Geoff Eley** (University of Michigan, Karl Pohrt Distinguished University Professor), **Prof. Dr. John Friedmann** (University of California, Los Angeles), **Prof. Dr. Herbert Gans** (Columbia University, New York), **Prof. Dr. Alan Harding** (University of Salford, UK), **Prof. Dr. Michael Harloe** (University of Salford, Vice-President), **Prof. Dr. David Harvey** (Distinguished Professor of Anthropology, Graduate Center of the City University of New York, New York), **Prof. Dr. Joachim Hirsch** (Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M.), **Prof. Dr. Andreas Huyssen** (Villard Professor of German and Comparative Literature at Columbia University), **Prof. Dr. Martin Jay** (Sidney Hellman Ehrman Professor of History, University of California Berkeley), **Prof. Dr. Bob Jessop** (Lancaster University), **Prof. Dr. Roger Keil** (York University, Toronto, Canada), **Prof. Dr. Rianne Mahon** (Carleton University, Ottawa, Canada), **Prof. Dr. Peter Marcuse** (Columbia University, New York), **Prof. Dr. Margit Mayer** (Freie Universität Berlin), **Prof. Dr. Philipp Oswalt** (Universität Kassel), **Prof. Dr. Frances Fox Piven** (President of the American Sociological Association, Distinguished Professor of Political Science and Sociology, City University New York), **Prof. Dr. Andrew Ross** (New York University, New York), **Prof. Dr. Roland Roth** (Hochschule Magdeburg/Stendal), **Prof. Dr. Dieter Rucht** (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin), **Prof. Dr. Saskia Sassen** (Columbia University, New York, and London School of Economics), **Prof. Dr. Andrew Sayer** (Lancaster University, Sociology), **Prof. Dr. Richard Sennett** (Professor of Sociology at the London School of Economics, Bemis Professor of Social Sciences at MIT, Professor of the Humanities at New York University), **Prof. Dr. William Sewell** (The Frank P. Hixon Distinguished Service Professor of Political Science and History Emeritus, University of Chicago), **Prof. Dr. Neil Smith** (Distinguished Professor of Anthropology and Geography, Director of the Center for Place Culture and Politics, Graduate Center of the City University of New York), **Prof. Dr. Michael Storper** (Centennial Professor of Economic Geography, London School of Economics, and Professor of Economic Sociology, Science Po, Paris), **Prof. Dr. Erik Swynedouw** (University of Manchester, UK), **Prof. Dr. Peter J. Taylor** (Loughborough University, UK), **Prof. Dr. John Urry** (Lancaster University, Sociology), **Prof. Dr. Jennifer Wolch** (Professor of Geography at the University of Southern California/Los Angeles).

Für weitere Informationen stehen Ihnen in New York Prof. Dr. Neil Brenner (Tel.: USA-212-998 8349), in Berlin Prof. Dr. Margit Mayer (Tel.: 030-8385 2875) und der Rechtsanwalt Wolfgang Kalleck (Tel.: 030-4467 9218) zur Verfügung.



Norwegen



Indien



BRD



Großbritannien

Der von der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF organisierte Aktionstag zur Freilassung der iranischen Gewerkschaftsführer Osanloo (s. letzte Ausgabe S. 9) und Salehi am 9. August fand weltweit Widerhall: so in Algerien, Australien, Österreich, Weißrussland, Belgien, Kanada, Ägypten,

Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Indien, Indonesien, Iran, Finnland, Japan, Jordanien, Malaysia, Marokko, Nepal, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Palästina, Panama, Rumänien, Russland, Spanien, Schweden, Schweiz, Thailand, Tunesien, Trinidad, USA und Jemen. (Quelle und Bilder: ITF)

Massaker an yezidischen Kurden

Bis zu 700 Menschen kamen nach jüngsten Angaben am 14.8. im Nordirak ums Leben, Hunderte wurden verletzt, als bei fünf koordinierten Selbstmordattentaten in mehreren Dörfern an der Grenze zu Syrien mehrere Tanklastzüge beinahe gleichzeitig explodierten. In einer Ortschaft wurden ganze Familien von den Explosionen auf dem Marktplatz und an einer Busstation ausgelöscht, mehr als die Hälfte der Häuser ist komplett vernichtet. Nach den Explosionen wurde eine Siedlung aus Granatwerfern beschossen. In dieser Region leben überwiegend Angehörige der yezidischen Glaubensrichtung. Vor allem wahhabitische Extremisten sehen in den Anhängern der vorislamischen und vorchristlichen Religion „Teufelsanbeter“. Nachdem im April im Internet ein Video veröffentlicht wurde, das einen Lynchmord an einem jungen, mit einem Sunniten liierten yezidischen Mädchen durch einen yezidischen Mob zeigte, nahmen Anschläge auf die Angehörigen der religiösen Minderheit zu. Sunnitische Milizen holten in Mossul yezidische Fabrikarbeiter aus Pendlerbussen heraus und ermordeten 23 von ihnen. Ob das grauenvolle Massaker sich in diese Anschlagswelle einreicht oder, wie die USA verlauten ließen, Al Quaida die Anschläge ausübte, ist unklar, weil sich bisher keine Organisation zu den Anschlägen bekannte. Nicht aus-

zuschließen ist ein Zusammenhang mit dem bevorstehenden Referendum über die Zukunft von Kirkuk. Feleknas Uca, MdEP DIE LINKE., forderte, dass es jetzt schnellstens einen Volksentscheid über den Anschluss des Gebietes an das irakische Bundesland geben müsse, wie es in Art. 140 der jetzigen irakischen Verfassung verbindlich festgeschrieben ist. „Das Referendum in Kirkuk und anderen kurdischen Regionen zu verschieben oder gar überhaupt nicht durchzuführen, wäre ein falscher und zugleich gefährlicher Weg, denn er würde innerhalb der politischen Neugestaltung des Landes die gültige Verfassung als rechtliche Grundlage und somit den Irak selbst als Staatsgebilde in Frage stellen.“ (PE 16.8.)

Iranische Truppen setzen Angriffe im Nordirak fort

Die iranische Armee hat erneut ein Gebiet im Nordirak angegriffen, in dem sie Stellungen der kurdischen Widerstandsgruppe PJAK vermutet. Am 16.8. nahm die iranische Artillerie drei Weiler unter Beschuss und setzte Felder in Brand. Am Morgen des 16. hatten sowohl türkische als auch iranische Truppen von jenseits der Grenze Stellungen kurdischer Aufständischer in den Provinzen Erbil und Suleimaniya unter Beschuss genommen. Mehrere Zivilisten kamen ums Leben, Hunderte Familien flohen. (Quelle: ftd, 18.8.)

US-Armee: Suizidrate steigt

Die Selbsttötungsrate unter den US-Soldaten ist 2006 mit 17,3 Fällen je 100.000 aktive Soldaten (2005: 12,8) ist so hoch wie seit fast drei Jahrzehnten nicht, vor allem unter den Soldaten, die in Afghanistan bzw. dem Irak eingesetzt wurden. 99 Soldaten nahmen sich im letzten Jahr das Leben, hinzu kommen 948 ernsthafte Suizidversuche. „Es besteht eine signifikante Beziehung zwischen Selbstmordversuchen und der Anzahl von Stationierungstagen im Irak und in Afghanistan“, heißt es in einem Pentagon-Bericht. Neben den Belastungen im Kriegseinsatz kommen als Auslöser gescheiterte Liebesbeziehungen sowie juristische und finanzielle Probleme hinzu. Im Kriegseinsatz töten sich doppelt so viele Frauen wie in der Truppe zu Hause. Nach Angaben des Pentagon leiden 20% der aktiven Soldaten an posttraumatischen Stresssymptomen, rund 35% suchen nach ihrer Rückkehr Hilfe wegen körperlicher und seelischer Probleme. US-Marines sind durchschnittlich achtzehneinhalb Jahre alt. Wenn sie in den Krieg geschickt werden, sind sie häufig „weder erwachsen genug noch haben sie die sozialen Fähigkeiten, um mit schwierigen Situationen fertig zu werden“, sagte Veteran Larry Stratton in einer Studie auf der Website „Suicide Reference Library“. (Quelle: taz)

Zusammenstellung: scc

Friedensbewegung fordert Abzug aus Afghanistan – Demonstration am 15. September in Berlin. KASSEL. In Übereinstimmung mit zahlreichen humanitären Organisationen, die sich stets für eine strikte Trennung von zivilen und militärischen Maßnahmen ausgesprochen haben, fordert der Bundesausschuss Friedensratschlag eine radikale Änderung der deutschen Afghanistan-Politik. Der Bundesausschuss Friedensratschlag beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration am 15. September in Berlin. Mit

**FRIEDEN FÜR
AFGHANISTAN.
BUNDESWEHR
RAUS.**



dieser Aktion soll Druck auf den Bundestag ausgeübt werden, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan nicht mehr zu verlängern. Die Friedensbewegung befindet sich mit ihrer Forderung im Einklang mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Wirkliches Engagement für den zivilen Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Afghanistan kann erst richtig beginnen, wenn die Besatzungstruppen das Land verlassen. 15. September Berlin – 12 Uhr Alexanderplatz / Rotes Rathaus. **Der Demonstrationsaufruf und die Organisationen sind dokumentiert in der Homepage www.afghanistandemo.de.**

NPD-Wahlkampfauftakt in Hannover

HANNOVER. „Der provokative Wahlkampfauftakt der NPD am 15.9.2007 in Hannover erfordert eine klare Antwort der Demokraten in unserer Stadt“, so Sebastian Wertmüller vom DGB in Hannover. Der DGB ruft zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis auf, das auch über den konkreten Anlass hinaus Wirkung zeigen soll. Die NPD sei nicht mehr die Partei ewig Gestriger, sondern eine gemeingefährliche, rechtsextremistische Organisation, die insbesondere unter jungen Leuten Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Gewalt und Hass auf die Demokratie verbreite. Der Wahlkampf der NPD in Niedersachsen könne gar nicht ernst genug genommen werden. Dabei gehe es nicht um die wenigen Promille, die diese Partei vielleicht erreichen werde: „Viel bedrohlicher ist die flächendeckende Propaganda, die geschickt getarnt unter Volk gebracht wird“. So werde u.a. eine Zeitung für Schüler angekündigt, in ihrer Wahlzeitung gebe sich die NPD als biedere Heimatpartei aus und über die Zusammenarbeit mit den gewaltbereiten sog. Freien Kameradschaften werden neue Kreise erreicht.

www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de

Empörung über erneute Verwüstung eines jüdischen Friedhofs

FREIBURG. In der Nacht vom 11. auf den 12. August 2007 wurden auf dem jüdischen Friedhof in Ihringen/Kaiserstuhl von bislang unbekannten Grabschändern mehr als 70 der 200 Grabmale aus ihren Verankerungen gerissen und umgestürzt. Nach Bekanntwerden dieser



bestürzenden Nachricht rufen engagierte Mitbürger den Regierungspräsidenten von Südbaden, Dr. S. von Ungern-Sternberg, dazu auf, sich hierfür einzusetzen und gegebenenfalls die für die Innere Sicherheit zuständigen Ministerien in Land und Bund einzuschalten, um die Staatsanwaltschaft und die jetzt gebildete Sonderkommission der Freiburger Kriminalpolizei zu unterstützen. Die Unterzeichner stellen mit Erstaunen und Befremden fest, dass die damit befassten Behörden keinerlei Aufklärung über die Täter von 1990/91, ihre Motive und ihr möglicherweise vorhandenes Umfeld zustande gebracht haben. Sie fragen sich, ob damals wirklich allen Spuren mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen wurde. Jedenfalls zeige die neuerliche Grabschändung, wie notwendig es gerade auch im Hinblick auf eine künftige Prophylaxe ist, derartige Fälle nach bestem Wissen und Gewissen zu untersuchen. Die Unterzeichner – Prof. Dr. Wolfram Wette, Historiker; Reiner Zimmermann, SPD-Gemeinderat Breisach und Kreisrat; Dr. Christiane Walesch-Schneller, Vorsitzende „Blaues Haus“ Breisach; Rosita Dienst-Demuth, Geschichtswerkstatt Lessing-Realschule Freiburg; Walter Mossmann, Autor – fordern daher zugleich die Wiederaufnahme der Ermittlungen über die früheren Gewaltakte.

www.autonome-antifa.org

Ganztagsschulen statt Samstagsunterricht

DÜSSELDORF. Die LandesschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW) befürchtet, dass der geplante Samstagsunterricht an vielen Schulen über die Köpfe der betroffenen Schülerinnen und Schüler entschieden wird. Horst Wenzel vom Landesvorstand der LSV: „Statt Kindern und Jugendlichen am Wochenende das ‚Recht auf Ruhe und Freizeit‘, das ihnen durch die UN-Kinderrechtskonvention zugesprochen wird, zu bewahren, fürchten wir, dass Schüler demnächst wohl auch an Samstagen die Schulbank drücken müssen. Unsere Kritik: Es wird mehr Wert auf die bloße Paukerei von Stoff – nun auch am Sams-

tag – gelegt als auf die individuelle Entwicklung der Kinder, die sich eben auch in der vielfältigen Gestaltung ihrer Freizeit ausdrückt.“ Dem Willen des Schulministeriums nach soll zudem die Entscheidung über Samstagsunterricht in der Schulkonferenz fallen, einem Gremium, in dem Schülerinnen und Schüler stark unterrepräsentiert sind. Die LSV kritisiert außerdem, dass die Landesregierung mit dem Extra-Tag versucht, die Schulzeitverkürzung an einem Familientag zu kompensieren. Dies liege nicht im Interesse der Schülerinnen und Schülern. Ihre Forderung: „Wir wollen lieber Ganztagschulen!“

www.lsvnrw.de



Große Mehrheit gegen Ausverkauf der Bahn

FRANKFURT A.M. Aktivisten des Bündnisses „Bahn für Alle“ haben am 2.8.2007 vor dem Bundesrat gegen das geplante Bahn-Privatisierungsgesetz demonstriert. „Fast zwei Drittel der Bundesbürger wollen, dass die Bahn vollständig in öffentlicher Hand bleibt. Darüber dürfen sich ihre gewählten Vertreter nicht hinwegsetzen“, sagte Werner Reh, Verkehrsexperte beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der „Bahn für Alle“ angehört. Die Ablehnung der Bahnprivatisierung ist im Vergleich zu einer FORSA-Umfrage im Mai 2006 um rund 20 Prozent gestiegen. Weniger als ein Drittel der Bürger befürwortet einen teilweisen Verkauf der Bahn an private Investoren. Trotzdem will die Führungsrige der

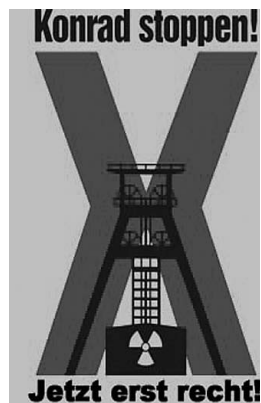
großen Koalition das Bahn-Privatisierungsgesetz direkt nach der Sommerpause durch den Bundestag peitschen, um eine Einflussnahme durch die Bürger oder die Parteien zu verhindern. Werner Reh: „Weil sich die Bundesregierung so weit vom Volkswillen entfernt habe, müssen jetzt die Länder dieses Gesetz stoppen. Sie sind von den negativen Auswirkungen direkt betroffen und würden sich mit einer Zustimmung zu diesem Gesetz politisch kastrieren.“

<http://privatisierungstoppen.deinebahn.de>

Demonstration am 13. Oktober „Kein Geld für Konrad!“

SALZGITTER. Das Bündnis Salzgitter gegen Konrad reagiert auf ein von Umweltminister Gabriel angebotenes Informationsgespräch mit dem Aufruf zu einer groß angelegten Protestaktion am 13. Oktober 2007. In einem offenen Brief begründet das Bündnis die Ablehnung des Informationsgesprächs und stellt eindeutige Forderungen an die Politik. „Grundsätzlich sind wir zu Gesprächen bereit, aber an dieser Stelle sind nicht wir die Ansprechpartner, sondern die Politik. Statt sich hinter das Gerichtsurteil zu stellen, erwarten wir eine eindeutige Positionierung der Politik im Sinne eines Schutzes der Bevölkerung“, erklärt Ina Biethan, Sprecherin des

Bündnisses. Durch das Urteil seien die bemängelten Sicherheitsrisiken keinesfalls ausgeräumt und der gesamten Region drohe künftig eine permanente atomare Niedrigstrahlung und Schlimmeres. Das



Bündnis Salzgitter gegen Konrad fordert in seinem Schreiben erneut die flächendeckende Einleitung der gesellschaftlichen Diskussion über das nationale Konzept der Endlagerung, die Gestaltung des Standortsuchverfahrens und die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen dieses Verfahrens, sowie die Diskussion über die anzuwendenden Endlagerkriterien und die Möglichkeiten eines Ein-Endlager-Konzeptes. Es fordert zudem ein Standortsuchverfahren, das alle Arten radioaktiver Abfälle und neben dem Standort Gorleben das Endlagerprojekt Schacht Konrad sowie alle potentiellen Standorte in Deutschland ergebnisoffen einbezieht. Eine Vorfestlegung auf Konrad durch die Einleitung des Umbaus steht dem entgegen.

Das Bündnis weist in seinem Schreiben an den Bundesumweltminister ausdrücklich darauf hin, dass nach den ka-

tastrophalen Erfahrungen mit dem Forschungsendlager Asse 2 dringend ein Umdenken nötig ist. „Angesichts der Ereignisse in der Asse wissen wir zumindest, dass wir nichts wissen. Das eine Fass kriegen sie nicht dicht und gleich nebenan wollen sie ein zweites aufmachen“, meint Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad im Bezug auf die Frage des sicheren Umgangs mit radioaktiven Abfällen. „Die Lebensbedingungen von Hunderttausenden sollen dem wirtschaftlichen Interesse an einem Endlager geopfert werden – nicht mit uns!“ kommentiert Wolfgang Räschke, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter, den Aufruf zur Protestdemo am 13. Oktober.

<http://www2.igmetall.de/homepages/salzgitter/schachtkonrad.html>

Arbeit in Landwirtschaft: Erwerbslosen Forum Deutschland wird zum Boykott aufrufen

BONN. Das Erwerbslosen Forum Deutschland wird Erwerbslose dazu aufrufen, zukünftig die Arbeit in der Landwirtschaft zu boykottieren. Die große Koalition plant mit dem Gesetz zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, dass vorübergehend Beschäftigte nicht mehr unfallversichert sind bzw. diese selbst zahlen. Dazu Martin Behring, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland: Sollte dieses Gesetzesvorhaben in die Praxis umgesetzt werden, werden wir mit einer breit angelegten Kampagne Erwerbslosen und im besonderen Hartz-IV-Betroffene dazu auffordern, nicht mehr vorübergehend in der Landwirtschaft tätig zu sein. Darüber hinaus werden wir uns gegebenenfalls mit anderen Sozialprotestgruppen weitere Aktionen überlegen. Ein derartiges Vorhaben ist die Grenze der Zumutungen und hiergegen muss sich zur Wehr gesetzt werden. In der Konsequenz kann dies für Betroffene bedeuten, dass sie unter Umständen für lebenslange Erwerbsminderung durch einen Arbeitsunfall selbst aufkommen müssen, während der Landwirtschaftsbetrieb diese Menschen weiterhin mit Hungerlöhnen regelrecht ausbeuten darf. Dies werden wir auf keinen Fall hinnehmen. Wir kündigen auch an, dass wir Betroffene juristisch unterstützen werden, sollte die Hartz-IV-Behörden oder Arbeitsagenturen Sanktionen verhängen. Wir sind uns sicher, dass derartige Vorhaben, Menschen ohne Unfallversicherungsschutz arbeiten zu lassen, von den Sozialgerichten sofort gekippt werden. Erneut zeigt sich, dass die große Koalition nur die Interessen der Arbeitgeber im Kopf hat und völlig unsoziale Gesetze zulasten der von Armut Betroffenen durchsetzt. Ein derartiges Vorhaben wäre ein Schritt in die Vor-Bismarck-Zeit. www.erwerbslosenforum.de/

Bundesregierung hält an Berufsverboten fest

BERLIN. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur gegenwärtigen und früheren Berufsverbotspraxis (BT-Drs. 16/6128) erklären die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke, und die bildungspolitische Sprecherin, Nele Hirsch: „Die Bundesregierung hält Berufsverbote für politisch unliebsame Bewerber im Öffentlichen Dienst weiterhin für gerechtfertigt. Das ist die wesentliche Botschaft ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zur gegenwärtigen und früheren Berufsverbotspraxis. Der so genannte Radikalerlass war 1972 von den Regierungen von Bund und Ländern eingeführt worden. Bis 1991 wurden gegen rund 1.100 Personen Berufsverbote ausgesprochen, 130 wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Betroffen waren insbesondere Mitglieder kommunistischer Organisationen und Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung. Eine neue Welle von Berufsverboten folgte nach der Wiedervereinigung gegen ehemalige Angehörige von Parteien, Massenorganisationen und Behörden der DDR. 1995 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMGR) in Straßburg im Fall einer wegen ihres Engagements in der DKP aus dem Schuldienst entlassenen Beamtin entschieden, dass der Radikalenerlass gegen die Menschenrechte auf Meinungs- und Koalitionsfreiheit sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verstößt. Für die Bundesregierung ist das Urteil aber bis heute kein Grund, den Radikalenerlass abzuschaffen. Es handle sich bei dem Urteil um einen Einzelfall, daher bestehe auch weiterhin „keine Veranlassung, allgemeine Konsequenzen aus dem Urteil des EGMR vom 26. September 1995 im Fall Vogt zu ziehen“, so die Bundesregierung in ihrer Antwort. Im Klartext: Berufsverbote bleiben ein Damoklesschwert zur Disziplinierung politisch unliebsamer Beamter und Bewerber zum öffentlichen Dienst. Vergangene Woche (2.8.2007 d.Red.) wies das Darmstädter Verwaltungsgericht die hessische Schulbehörde an, die Bewerbung des Lehrers Michael Csaszkoczy erneut zu prüfen. Wegen seines Engagements in einer antifaschistischen Initiative hatten Hessen und Baden-Württemberg Csaszkoczys Übernahme in das Beamtenverhältnis verweigert. Die von der Bundesregierung als Konsequenz aus dem Straßburger Urteil vorgesehene Einzelfallprüfung hatte nicht stattgefunden. Berufsverbote stellen ein trauriges Relikt des kalten Krieges da. Diese autoritären und europaweit einzigartigen Maßregelungen gegen linke und antifaschistisch engagierte Bürgerinnen und Bürger gehören endlich in die Mottenkiste der Geschichte.“

www.linksfraktion.de

Land will frühkindliche Bildung verbessern – die Ze

KÖLN. Die Kinderbetreuung in NRW wird ausgebaut und qualitativ verbessert – so feiert die schwarz-gelbe Landesregierung das neue Kinderbildungsgesetz. Familienminister Laschet brüstet sich damit, 2009 so viel für diesen Bereich auszugeben wie noch keine Landesregierung davor. Doch die Anhebung der Landeszuschüsse um 107 Mio. Euro 2008 kompensiert die Kürzungen von 190 Mio. Euro im laufenden Haushaltsjahr nicht.

Gegen das Gesetz hat sich eine Initiative aus Elterninitiativen, Interessenverbänden von Erzieherinnen, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen gebildet, die unter der Überschrift „So nicht“ zu einer landesweiten Demonstration aufruft.

Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren wird ausgebaut. Allerdings setzt Schwarz-Gelb dabei in erster Linie auf Tagesmütter (und vereinzelte -väter). Ihre Zahl soll sich auf 18.000 fast verdoppeln. Diese müssen keine Fachkräfte mehr sein. Ein Eignungsnachweis und eine Fortbildung ersetzen als Billigvariante eine qualifizierte Ausbildung.

Auch in den Kindertagesstätten wird nur scheinbar die Qualität der Betreuung gestärkt. Nun soll eine Mindestausstattung von einer Fachkraft und einer Ergänzungskraft je Gruppe festgeschrieben werden. Gleichzeitig soll die Kindertagesstätte mehr und mehr Bildungsaufgaben übernehmen.

Die Jobs der Beschäftigten werden aber nicht nur anspruchsvoller, sondern auch unsicherer. Früher wurden Gruppen pauschal gefördert. Jetzt soll spitz abgerechnet werden. Eltern buchen 25, 35 oder 45 Wochenstunden Betreuung. Die Träger werden vom Nachfrageverhalten der Eltern abhängig, das nur schlecht kalkuliert werden kann. Diese Finanzierungsunsicherheit werden sie wahrscheinlich auf die Beschäftigten abwälzen. Die Belegschaft wird in einen kleinen Stamm von Festangestellten und ein schlecht bezahltes und befristet beschäftigtes „Prekariat“ gespalten.

Die knapp bemessene Pauschale fußt außerdem nach Zahlen der GEW auf überholten Kostenberechnungen aus dem Jahr 2005 und berücksichtigt außerdem nicht die unterschiedliche Altersstruktur des Personals. Weil ältere Angestellte nach dem Tarif teurer sind als junge, könnten Träger ein Interesse daran entwickeln, ältere Mitarbeiterinnen los zu werden.

Kinder mit Migrationshintergrund sind die großen Bildungsverlierer in Deutschland. Sie zu fördern, gerade auch was ihre sprachlichen Fähigkeiten

Demonstration, 15. September 2007

14 Uhr, Johannes-Rau-Platz, Nähe Horionplatz 1, Landtag

Mehr Infos: www.weil-kinder-zukunft-sind.de, www.gew-koeln.de/02/aktuell/themen/kibiz

DÜSSELDORF. ErzieherInnen, Eltern sowie Bündnisse aus Städten und Kreisen rufen für den 16. September zu einer überregionalen Demonstration in Düsseldorf auf.

Sie kritisieren das geplante Kinderbildungsgesetz (angeblich das „modernste Kindergartengesetz“ in der Bundesrepublik) als Kürzungsgesetz und fordern die Abgeordneten des Landtags NRW auf, die Zustimmung zu verweigern! Ihre konkreten Forderungen lauten:

- Mehr und besser ausgestattete Angebote für Kinder!
- Elternbeiträge abschaffen statt erhöhen!
- Mitwirkungsmöglichkeiten der El-

tern stärken!

- Landeseinheitliche Mindeststandards für die Arbeit der Mitarbeiterinnen in Tageseinrichtungen, dazu gehören u.a.
- Verringerung der Höchstgruppenstärken!
- Erhalt der kleinen altersgemischten Gruppe!
- Vorbereitungszeiten mit einem Anteil von 25 % der Arbeitszeit sichern!
- Freistellung für Leitungsaufgaben auf bisherigem Niveau für alle Einrichtungen ausbauen!
- Keine Finanzierungsregelung zu Lasten von Erzieherinnen, Eltern und Träger!

www.weil-kinder-zukunft-sind.de

angeht, ist ohne Alternative. Das versäumt zu haben, ist eine Hypothek der abgewählten rot-grünen Landesregierung. Doch diese Arbeit wollen CDU und FDP nicht ausreichend finanziell fördern, sondern schlicht zusätzlich auf die Beschäftigten abwälzen.

Sprachtests haben ergeben, dass rund ein Viertel der Kinder in NRW förderbedürftig sind. Das sollen Erzieherinnen in den Kindertagesstätten leisten. Diese neue Aufgabe verlangt von ihnen Weiterbildung und dauerhaft mehr Zeit, um Tests durchzuführen, die Fort-

schritte der Kinder zu dokumentieren oder sich untereinander zu vernetzen und auszutauschen. Dafür bekommen sie die Vorbereitungszeit von 25% ihrer Anwesenheit, wie im alten Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) vorgesehen, im KiBiz auf 10% gestrichen. Man könnte dieses Vorgehen „Qualitätsverbesserung auf dem Rücken der Beschäftigten“ nennen, wenn eine Qualitätsverbesserung so überhaupt möglich wäre. So muss es schlicht „Mogelpackung“ heißen.

Doch das ist nicht die einzige verpasste Chance, mehr Chancengleichheit herzustellen. Ein Teil der Kosten wird seit langem über Elternbeiträge refinanziert. Doch nicht alle Eltern müssen gleich viel zahlen. In Köln sind im Moment Eltern bis zu einem Jahreseinkommen von 19.000 Euro beitragsfrei, also u. a. alle ALG-II-Empfänger. Alle anderen zahlen nach Einkommen gestaffelt. In eher ländlichen, „reichen“ Kommunen mit wenig Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Niedrigverdienern kommen so schon mal 19% der Gesamtkosten und mehr zusammen. In den städtischen Räumen dagegen decken die Eltern-



che zahlen andere

beiträge weit weniger Kosten, in Köln gerade mal 11,5%. Die alte Landesregierung hat diesen Kommunen einen Ausgleich gezahlt, so dass Elternbeiträge und Ausgleich sich auf 19% der Kosten belaufen. Schwarz-Gelb hat diesen Ausgleich jetzt abgeschafft und will gleichzeitig den Elternanteil auf 19 % festschreiben. Das heißt für Köln eine Unterdeckung von über 16 Millionen Euro.

Bleibt es bei diesem Giftzahn des neuen Gesetzes, wird dieses Loch wahrscheinlich entweder durch eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge oder durch Umschichtungen im Kinder- und Jugendetat gestopft werden. Eine Erhöhung der Elternbeiträge wird zum Glück schwierig durchzusetzen sein. Die Kinder aus sozial benachteiligten Familien sollen in die Förderung der Kindertagesstätten gehen, weil in dieser Gruppe große Defizite in der Bildungsentwicklung bestehen. Andererseits führen die hohen Beiträge für Besserverdiener dazu, dass diese Eltern ihre Kinder gleich in privaten Einrichtungen anmelden. Eine gute soziale Mischung, die allen Kindern zugute kommt, erreicht man so natürlich nicht.

Wahrscheinlicher ist eine Umschichtung aus dem Kinder- und Jugendetat. In Köln allerdings ist vor Kurzem eine Debatte zur wachsenden Jugendkriminalität mit einem Expertenhearing zu Ende gegangen, in dem Fachleute die Aufstockung des Etats als beste Präventionsmaßnahme benannt haben. Der Einsatz von mehr mobilen Streetworkern oder die Aufstockung der Bezirksjugendpfleger sind beschlossen bzw. umgesetzt. Inwieweit diese – auch ohne die repressive Begründung sinnvolle – Politik wieder zurückgefahren wird, bleibt abzuwarten.

Der Protest gegen das Gesetz wächst – nicht nur bei Betroffenen oder Oppositionsparteien. Kommunalpolitiker von CDU und FDP sind nicht glücklich über die Mehrbelastung der Kommunen. Ob ihr Protest die Landesregierung beeindruckt, ist fraglich. Schließlich hat sie auch bei anderen Vorhaben, etwa der Reform der Gemeindeordnung, nicht dem Druck ihrer Bürgermeister nachgegeben. Nun ist es wichtig, die Protestfront mit der Teilnahme an der Demonstration im September zu unterstützen und Protestunterschriften zu sammeln, die vor der Demo dem Landtag übergeben werden sollen.

Andrea Kostolnik
(ist für die Linke. Köln im Jugendhilfeausschuss der Stadt

Aus: Lokalberichte Köln, Nr. 16/07



Die schlimmsten Befürchtungen wurden übertroffen

Hamburg, Landesbetrieb Krankenhäuser

Privatisierungsdesaster

Die Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser entwickelt sich zum Supergau. Nach der Übernahme der Mehrheitsanteile von 74,9% am Landesbetrieb Krankenhäuser durch die Asklepios-Kliniken sollte es – so das Versprechen – mit den Krankenhäusern qualitativ weiter aufwärts gehen.

Faktisch ist das genaue Gegenteil eingetreten:

1. Die Unzufriedenheit bei den Patienten hat deutlich zugenommen – so Berichte in den Medien. Christoph Kränich, Abteilungsleiter bei der Verbraucherzentrale, bestätigt: Aus allen Hamburger Asklepios-Kliniken gebe es deutlich mehr Beschwerden seitens der Patientinnen als früher. Der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Asklepios, Ralf Bröcker-Lindenau, berichtet ebenfalls von einer gestiegenen Zahl unzufriedener Patientinnen.

2. Der Betriebsrat stellt weiter eine dramatische Überbelastung des Personals fest: „Bei uns sind so viele Überlastungsanzeigen eingegangen wie nie zuvor. Wir sprechen auch nicht mehr vom Pflegenotstand, sondern steuern bei Asklepios auf eine Katastrophe der medizinischen Versorgung zu.“

3. In der Konsequenz dieser Entwicklung haben 1.960 Beschäftigte ihr Rückkehrrecht zum öffentlichen Arbeitgeber, d.h. zur Stadt Hamburg, in Anspruch genommen. Wolfgang Rose, Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Hamburg, sagt: „Die Mitarbeiter haben mit den Füßen abgestimmt. Das Personalamt muss nun die Suppe auslöffeln, die ihr der CDU-Senat durch die Privatisierung eingebracht hat.“ Der Exodus sei die Quittung für die unerwünschte Privatisierung und das Ergebnis von Verunsicherung durch das Management des neuen Betreibers.

Die Folgen dieses Desasters der Privatisierung der Krankenhäuser gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Beschäftigten und der Hamburger Bevölkerung sind also dramatisch. Der CDU-Senat ist völlig konzeptionslos.

Immer deutlicher zeichnet sich zudem ab, dass der ehemalige Finanzsenator Peiner bei diesem Deal schlecht verhandelt hat. Konkret lauten die Vorwürfe:

- „Herr Peiner hat sich gegen viele andere Expertenmeinungen und gegen seine Senatskollegen durchgesetzt, dass unbedingt dieser Betreiber, nämlich Asklepios, zum Zuge gekommen ist.“

Dies behauptet Ulrich Marseille, Aufsichtsratsvorsitzender der Marseille Kliniken, der zur Gefolgschaft des Hamburger Politiker Schill gehörte und dessen Unternehmen bei dem Hamburger Krankenhausdeal nicht zum Zuge kam.

- Es sei vor dem Abschluss bereits klar gewesen, dass der neue Mehrheitseigner des LBK, Asklepios, finanziell und organisatorisch überfordert gewesen sei.

- Bei Vertragsabschluss ist die Entschädigungszahlung von Asklepios für eventuelle „Rückkehrerinnen“ in den öffentlichen Dienst bei 15 Mio. Euro gedeckelt worden: Bei einer vereinbarten Entschädigungszahlung an die Stadt von 25.000 Euro pro Beschäftigtem – eine Vertragsregelung, die selbst höchst fragwürdig ist – ist bei 1.960 Rückkehrern jetzt ein Verlust von 34 Mio. Euro im Landeshaushalt zu verarbeiten.

- Die Stadt Hamburg hat keine bislang keine Konzeption, wie die Mitarbeiterinnen sinnvoll eingesetzt werden können, die bei Asklepios nicht länger arbeiten wollen.

Ab August soll eine neue Dienststelle mit 30 Mitarbeitern und einem Budget von 2,5 Mio. Euro eingerichtet werden, deren Aufgabe die Organisation des künftigen Einsatzes der „Rückkehrerinnen“ ist.

Die Privatisierung des LBK erweist sich also in jeder Hinsicht als ein Desaster.

Die Beschäftigten des LBK sind unzufrieden und eine deutliche Verbesserung ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen zeichnet sich nicht ab. Wenn auf die Massenabwanderung von Personal nicht mit einer umfassenden Konzeption

Anhaltende Personalnot in der Psychiatrie

Ende Mai hatten Verdi-Vertrauensleute über 180 Unterschriften von Psychiatrie-Beschäftigten für eine Mindestpersonalbesetzung entsprechend der Psychiatrie-Pflegeverordnung (Psych-PV) vor der Krankenhausausschusssitzung übergeben. Ein Verdi-Vertrauensmann erklärte damals, dass der Neubaubeschluss zwar begrüßenswert sei, das Hauptproblem – der Personalmangel – damit aber nicht beseitigt sei. Die Stellen würden dringend benötigt, gerade angesichts der katastrophalen baulichen Verhältnisse.

Auch in Leserbriefen wurden die Zustände in der Psychiatrie kritisiert. In der Stuttgarter Zeitung vom 13. Juni beschrieb ein ehemaliger Patient seine Erfahrungen: „Die Verhältnisse im Bürgerhospital sind schockierend, so bemüht das Personal auch ist. Es gibt zu wenige Ärzte und zu wenige Pfleger. Keiner hat Zeit für die schwerkranken Patienten. Und die räumlichen Bedingungen würde man keinem ‚normal kranken‘ Menschen zumuten. Depressive, Persönlichkeitsgestörte, Suizidale, Psychopathen in eine Einrichtung zu sperren, die einfach nur trostlos ist, ist unmenschlich.“

Damit endlich eine Entscheidung für mehr Personal gefällt wird, führten Klinikumsbeschäftigte vor der letzten Krankenhausausschusssitzung am 6.

Juli eine Mahnwachenaktion durch. In einer Pressemitteilung stellt Verdi dazu fest: „Solange die Kassen die Stellen zur Erfüllung der Psych-PV nicht finanzieren, ist der Gemeinderat gefordert, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Seit Anfang 2007 gab es über 100 Überlastungsanzeigen allein aus der Psychiatrie – so viel wie nie zuvor in diesem Zeitraum. Die Fakten über die Situation in der Psychiatrie sind längst bekannt – der Geschäftsführung, den Gemeinderäten, den Bürgermeistern. Alle Argumente für eine bessere Personalbesetzung sind vorgetragen – mehrmals – und trotzdem passiert nichts.

17 Stellen fehlen in der Pflege, um die Vorgaben der Psych-PV einzuhalten. Pflegedirektorin Hückelheim sprach vor dem Krankenhausausschuss von 8 Vollzeitkräften, die dringend benötigt werden und 350.000 Euro kosten.

Da wäre es nur folgerichtig gewesen, wenn der Gemeinderat beschließt, diese Kosten angesichts der blendenden Haushaltslage der Stadt zu übernehmen und so das Klinikum zu entlasten. Dies wollte die Mehrheit der Gemeinderäte im Krankenhausausschuss jedoch nicht.

Stattdessen schlug Krankenhausbürgermeister Murawski am Ende der Debatte vor, bei Personalnot Patienten für

die Psychiatrie abzuweisen, da nur Landeskrankenhäuser wie Winnenden eine Versorgungspflicht hätten. Dieser Vorschlag ist ungeheuerlich. Erstens entledigt die Stadt sich damit ihrer Verantwortung für die Versorgung psychisch Kranker und sie verabschiedet sich vom Grundsatz der wohnortnahen Versorgung. Zweitens funktioniert es nicht, weil im Zweifelsfall die Ärzte der Psychiatrie zu Recht einen Patienten in einer psychischen Krise nicht nach Winnenden schicken, sondern im Bürgerhospital aufnehmen.

Offensichtlich in der Absicht, einen Beschluss für mehr Personal tunlichst zu umgehen, wurden in der Ausschussdebatte alle möglichen Vorschläge gemacht, die am Thema vorbeigehen.

Ständig wurde unterstellt, dass es ein Problem sei, Personal für die Psychiatrie zu finden, und vorgeschlagen, die Geschäftsleitung solle doch nochmal überall schauen, ob nicht noch Personal in anderen Bereichen übrig sei und mit Zulagen und Fortbildungen dazu gebracht werden könnte, in der Psychiatrie zu arbeiten. Hartnäckig weigerten sich die Gemeinderäte zu begreifen, dass auch in anderen Bereichen aufgrund des Sparprogramms keine Pflegekräfte übrig sind, die man versetzen könnte, und vor allem, dass in der Psychiatrie überhaupt keine Stellen vorhanden sind.

Den Vogel schoss Bürgermeister Murawski ab, der auf die Frage von Klinikumsbeschäftigten, wie viele Stellen die

Fortsetzung von S.13: Hamburg, LBK, Privatisierungsdesaster

tion reagiert wird, könnte ein Versorgungsnotstand eintreten. Der sich abzeichnende Weggang qualifizierter Mitarbeiterinnen wird die internen Probleme bei den Klinken weiter erhöhen. Um die offenkundige Überlastung beim Pflegepersonal abzustellen, müsste die Geschäftsleitung einen Kurswechsel einleiten. Es geht um eine Erhöhung des Personalbestandes und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Neben den negativen Folgen für die Patientinnen und Beschäftigten ist der Ruf Hamburgs als medizinisches Versorgungszentrum durch diesen politisch verursachten Privatisierungsgau schon jetzt beschädigt.

Außerdem: Die „Rückkehrerinnen“ brauchen zügig Klarheit über ihre berufliche Zukunft. Im Januar 2008 sollen die ersten noch bei Asklepios Beschäftigten in anderen Arbeitsbereichen eingesetzt werden. Ihr Einsatz in überwiegend berufsfremden Arbeitsfeldern wird zum einen bei den Betroffenen selbst mit Sicherheit zu Unzufriedenheit führen und ist zum anderen mit enormen finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt verbunden. Zurecht stellt Rose für die Gewerkschaft

Ver.di fest: „Das Rückkehrrecht wurde eingerichtet, um die Beschäftigten davor zu schützen, dass eine Privatisierung negative Auswirkungen auf ihre Beschäftigung hat. Insofern ist es ein Vertrauensschutz für die eigene Berufstätigkeit. Berufsfremde oder statusfremde Einsatzmöglichkeiten wären ein Verstoß gegen diesen Vertrauensschutz.“ Wenn die neue Dienststelle Angebote zur Personalentwicklung oder Qualifizierung auf freiwilliger Basis schaffe, sei dagegen nichts einzuwenden. Sollte aber für die Arbeitnehmerinnen eine diskriminierende Situation entstehen, könnten sie den Rechtsweg einschlagen.

Die Patienten regieren auf die Verschlechterung der Versorgungsqualität mit Kritik und Beschwerden. Eine Beseitigung dieser Mängel ist nur mit den Beschäftigten und damit einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu haben. Durch den massiven Abzug von qualifiziertem Personal werden sich die Probleme wohl weiter verschärfen. Die Asklepios-Geschäftsleitung hat erklärt, dass man angesichts der wachsenden Probleme auf einen Meinungswechsel der „Rückkehrerinnen“ spekuliere:

Nach Ablauf der Fristen werde man noch einmal mit allen Kolleginnen reden. „Dabei setzen wir auf ein wichtiges Argument: Im Gegensatz zu allen anderen Optionen können wir jede Menge Arbeit im erlernten Beruf bieten.“ Dies ist kein akzeptabler Handlungsparameter. Die Weiterbeschäftigung in den Krankenhäusern unterstellt eine Beseitigung der Ursachen, die zu Personalabwanderung und Verschlechterung der Versorgungsqualität geführt haben.

Die öffentlichen Finanzen sind durch den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhaus nicht entlastet, sondern im Gegenteil massiv belastet worden. Die Parteien in der Bürgerschaft sollten vom Senat einen Kassensturz in Sachen Privatisierung des LBKs erzwingen. Neben den „fehlenden“ 34 Mio. Euro bei der Ablösungszahlung, kommen mit dem Einsatz der „Rückkehrerinnen“ in öffentlichen Bereichen jährlich weitere finanzielle Aufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe auf die Stadt zu.

Die sauberste Lösung: Der Senat hat offenkundig laut Vertrag die Möglichkeit, die Privatisierung des LBK rückgängig zu machen. Mitkonkurrent Marseille erklärt in der Presse: „Im Vertrag gibt es für den Senat Ausstiegssze-

Psychiatrie denn jetzt dazu bekomme, antwortete: „So viele, wie sich freiwillig Leute melden.“ Eine solche Antwort zeugt entweder von völliger Unkenntnis oder von ziemlicher Dreistigkeit.

Erinnern wir uns: Auch die sechs Stellen der Pflegekräfte aus Feuerbach, die zu Jahresbeginn in die Psychiatrie umgesetzt wurden, dürfen nur „bis auf Weiteres“ und nicht dauerhaft besetzt werden. Und ohne den Druck der Personalversammlung in der Psychiatrie wäre selbst diese völlig unzureichende Aufstockung nicht zustande gekommen.

Wenn wir etwas erreichen wollen, dürfen wir uns von der Verweigerungshaltung der Gemeinderäte nicht entmutigen lassen. Wir müssen weiter Druck machen: für unsere Arbeitsbedingungen und für die Patienten. Das Personal muss aufgestockt werden, bis die Psych-PV erfüllt ist. Der Gemeinderat muss endlich Geld in die Hand nehmen und Stellen schaffen. Dass sie besetzt werden, ist dann das geringste Problem.

(aus Krankenhausinfo der Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart von Verdi)

Nachtrag: Die Proteste des Personals scheinen gewirkt zu haben. Inzwischen haben die Gemeinderäte der SPD, der Grünen und der Freien Wähler jeweils einen Antrag gestellt, die acht dringend nötigen Pflegekräfte bis zur Fertigstellung des Neubaus in Cannstatt durch einen Zuschuss der Stadt ans Klinikum zu finanzieren.

narien oder sogar eine Teilrückabwicklungsmöglichkeit.“

In der Tat wäre eine zügige Re-Kommunalisierung der Kliniken eine zukunftssichere Lösung. Anders als der Vorsitzende des Marburger Bundes, Montgomery, sehen wir in einem „straffen Konzept der Gruppe für die Hamburger Kliniken“ keinen Lösungsansatz. Das Unternehmen wollte Personal abbauen und hat die Verschlechterung der Versorgung bewusst in Kauf genommen. Auch die Tarifverhandlungen waren schwierig, weil es das Ziel der Unternehmensleitung war, die Personalkosten zu drücken. Damit ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorprogrammiert. In der Tat schafft es die Unternehmensleitung immer wieder, die Mitarbeiterinnen und jetzt offenbar auch die Patientinnen gegen sich aufzubringen. Dies ist nicht in erster Linie der Unfähigkeit der Unternehmensleitung geschuldet, sondern eine Konsequenz der Privatisierung eines zentralen Bereiches kommunaler Dienstleistungen. Die Schlussfolgerung kann nur heißen: Stopp mit der Privatisierungspolitik und Übergang zu einer Politik der Rekommunalisierung.

Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Aus: Lokalbrichte Hamburg Nr. 16/2007

Kreisreform vor Gericht gescheitert:

SCHWERIN. Das Verfassungsgericht Greifswald hat die 2006 im Landtag verabschiedete Kreisreform verworfen. Die Gerichtsentscheidung könnte Einfluss auf Neuordnungsabsichten in Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben, wo ähnliche Kreisreformen geplant sind. Die zwölf Landkreise und sechs kreisfreien Städte sollten zu fünf Großkreisen zusammengeschlossen werden. Die neuen Großkreise wären zwar auf die im Bundesdurchschnitt übliche Einwohnerzahl von 300.000 gekommen, aber der Kreis Westmecklenburg beispielsweise hätte mit 7.000 Quadratkilometern eine Fläche erhalten, die etwa dreimal so groß ist wie das Saarland. Daran setzt die Kritik des Gerichtes an: „Kreise müssen so gestaltet sein, dass es den Kreistagsabgeordneten möglich ist, nachhaltig und zumutbar ist, eine ehrenamtliche Tätigkeit im Kreistag und seinen Ausschüssen zu entfalten“, heißt es in dem Urteil.

www.kommunale-info.de

Breitbandförderung im ländlichen Raum unerlässlich:

BERLIN. Bundesweit gibt es immer noch viele Regionen, die von der Internet-Breitbandversorgung komplett abgeschnitten sind. „Das ist nicht akzeptabel und wir verspielen damit das wirtschaftliche Potenzial und die Wachstumschancen des ländlichen Raumes“, sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Insoweit sei es zu begrüßen, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für das Jahr 2008 10 Mio. Euro an zusätzlichen Mittel für die Breitbandförderung vorsehe. Die Mittel sollen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zur Verfügung gestellt werden. „Es gehört zur Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen, dass jeder Bürger und jedes Unternehmen Zugang zu schnellen Datenverbindungen hat.“ Fast 70% der Deutschen leben außerhalb der Großstädte. Von den 3,5 Mio. Betrieben befindet sich der überwiegende Teil in Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Deshalb dürfen diese keinesfalls abgehängt werden. Im Rahmen der Agrarstruktur können nur rund 5% der Unternehmen, nämlich die landwirtschaftlichen Unternehmen, gefördert werden. Nur rund 2,5% der Arbeitsplätze sind Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Der größte Anteil der Arbeitsplätze liegt auch im ländlichen Raum im Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungen. Wir brauchen einen deutlich höheren Förderansatz, der den gesamten Wirtschaftsraum in den ländlichen Räumen erfasst, so

Landsberg.

www.dstgb.de

Grundschulen müssen im Dorf

bleiben: Hannover. Als Auswirkungen des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahren die Schülerzahlen in vielen Orten erheblich zurückgehen. Damit wird auch die Zukunft vieler Grundschulen infrage gestellt. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund hat sich heute dafür ausgesprochen, die Kleinen Grundschulen gleichwohl als selbstständige Schulen oder im Rahmen eines Schulverbundes zu erhalten. Grundschulen bestimmen die Entwicklung eines Ortes entscheidend mit. Junge Familien wählen ihren Lebensmittelpunkt insbesondere auch nach der Erreichbarkeit der Schule. Die Schließung von Grundschulen wird daher für zukunftsorientierte Kommunen zum Bumerang. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, sich nicht nur an einem zentralen Ort innerhalb der Gemeinde, sondern auch in den Dörfern weiterzuentwickeln. Hierfür ist es notwendig, dass in dem jetzt im Landtag zur Diskussion stehenden Landes-Raumordnungsprogramm die Planungshoheit der Gemeinden stärker in den Vordergrund gerückt wird. Vorgaben des Landes seien insoweit eher schädlich. Wichtig sei auch, dass die jeweiligen Schulleiterinnen und Schulleiter im Einvernehmen mit dem Schulträger berufen werden können. Stärker als bisher müsse nach außen hin die Verbindung zwischen Gemeinde und Schule zum Ausdruck kommen.

www.nsgb.info

Aktionstag der Stadtwerke NRW:

KÖLN. Die Stadtwerke in NRW veranstalten am 29.8. einen landesweiten Aktionstag, um über die Folgen der geplanten Verschärfung der NRW-Gemeindeordnung zu informieren. Noch im September soll die Novellierung des Gesetzes, gegen die sich parteiübergreifend Widerstand formiert, im Landtag verabschiedet werden. „Wir möchten die Bürger in NRW darauf aufmerksam machen, dass die Pläne der Landesregierung die Existenz der Stadtwerke in NRW und damit Tausende von Arbeitsplätzen gefährden“, erklärt Dr. Norbert Ohlms, Vorsitzender der Landesgruppe des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Denn nicht nur die Stadtwerkeleistungen würden reduziert, sondern auch den Städten und Gemeinden würde eine wichtige Einnahmequelle genommen, mit der sie beispielsweise den preisgünstigen und reibungslosen Betrieb von Bussen und Bahnen aufrechterhalten können. www.stadtwerke-nrw.de.

(Zusammenstellung: ulj)

Es bleibt bei der 37,5-Stunden-Woche

MANNHEIM. Mit bundesweiter Aufmerksamkeit in der chemischen Industrie wurde die Auseinandersetzung bei Roche Diagnostics Mannheim (und Penzberg/Bayern) beobachtet, hatte hier doch ein Konzern mit märchenhafter Umsatzrendite Anlauf genommen, der Belegschaft unter dem Schlagwort „Standortsicherung“ die 40-Stunden-Woche aufzuhalsen. Ein Argument der Geschäftsführung war der Hinweis auf

die in der Schweiz (dem Konzernsitz) praktizierte 42-Stunden-Woche. Es gehe um Entscheidungen über wichtige Investitionen in Mannheim, die genauso gut auch anderswo getätigt werden könnten. Der übliche Erpressungsversuch also; allerdings so weit an den Haaren herbeigezogen wie nur irgend möglich. Für den Betriebsrat dennoch keine leichte Situation, fügte die Geschäftsleitung doch ihrer rhetorischen Erpres-

sung noch eine weitere, wesentlich handfestere hinzu: Die Drohung, recht erhebliche übertarifliche Einkommensbestandteile zu streichen, die in jederzeit kündbaren freiwilligen Betriebsvereinbarungen geregelt sind.

Wäre der Betriebsrat des größten Chemie- bzw. Pharmabetriebes in Baden-Württemberg an diesem Punkt umgefallen, hätte dies massive Auswirkungen auf den Bestand der 37,5-Stunden-Woche in der Chemischen Industrie gehabt. Wir dokumentieren unten eine Erklärung des Mannheimer Roche-Betriebsrates.

tht

Aus: Kommunal-Info Mannheim, Nr. 16-17/2007

Erklärung des Mannheimer Roche-Betriebsrates:

„Wie bekannt, will die Geschäftsführung der Roche Diagnostics GmbH seit Anfang des Jahres die Arbeitszeit auf 40-Stunden pro Woche verlängern und gleichzeitig freiwillige Leistungen reduzieren.

Die Einführung einer 40-Stunden-Woche entspricht einem Arbeitsplatzvolumen von etwa 400 Arbeitsplätzen.

Der Betriebsrat hat sich von Anfang an gegen die Vorstellungen der Geschäftsführung ausgesprochen und sie als falschen Weg bezeichnet.

In Gesprächen, u. a. mit den Tarifvertragsparteien IG Bergbau, Chemie und Energie und dem Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg wurden Themen besprochen, wie man unter Einhaltung des Tarifvertrages der Chemischen Industrie Lösungen bei der Roche Diagnostics GmbH fin-

den kann. Ende Juni verständigte man sich auf Verhandlungspunkte.

In den seit Anfang Juli geführten Verhandlungen hat sich herausgestellt, dass die Vorstellungen über die Ausgestaltung der Punkte zu weit auseinander liegen. Trotz wiederholter Zusicherungen des Arbeitgebers, sich an den Tarifvertrag zu halten, waren wesentliche Lösungsvorschläge nicht tarifkonform. Die Geschäftsführung besteht auf realen Arbeitszeitverlängerungen, was einem Tarifbruch gleichkommt. Darüber hinaus besteht die Geschäftsführung, trotz der sehr guten wirtschaftlichen Lage, auf der Streichung freiwilliger Leistungen und bezeichnet diese Streichung als nicht verhandelbar. Sparvorschläge des Betriebsrates z.B. mittels Einrichtung eines Langzeitkontos auf Basis einer Jahresarbeitszeit werden nicht anerkannt. Ziel des Betriebsrats war es, in den Gesprächen und Verhandlungen

durch eigene Vorschläge die Streichung der freiwilligen Leistungen zu verhindern und trotzdem einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werke zu leisten.

Nachdem klar ist, dass die Streichung freiwilliger Leistungen nicht verhandelbar ist, besteht für die Betriebsräte keine Grundlage mehr, die Gespräche fortzusetzen. Angesichts der sehr guten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens, der hohen Flexibilität, Motivation und Leistungsbereitschaft der Belegschaft hat der Betriebsrat keinerlei Verständnis dafür, dass die Geschäftsführung freiwillige Leistungen streichen will.

Die Belegschaft wurde heute (25. Juli) vom Betriebsrat per Flugblatt über das Ergebnis informiert. Die Betriebsräte stellten sich den Fragen und Diskussionen der Belegschaft an zwei Infoständen im Mitarbeitercasino.“

10.000 bei Demonstration gegen Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

DÜSSELDORF. Rund 10.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst demonstrierten am 8.8.2007 vor dem Landtag gegen die Pläne der CDU/FDP-Koalition, das Landespersonalvertretungsgesetz zu novellieren und die Mitbestimmungsrechte abzubauen. Zur Protestveranstaltung hatte der DGB NRW anlässlich der Expertenanhörung vor dem Innenausschuss aufgerufen. Im Mittelpunkt der Kritik der Gewerkschaften an den Plänen der Landesregierung steht, dass die Personalräte bei Personalentscheidungen, wie beispielsweise Entlassungen, Eingruppierungen oder Versetzungen, zukünftig nicht mehr mitbestimmen sollen. Damit seien die Beschäftigten in den Dienststellen schutzlos den Arbeitgebern ausgeliefert.

Bei der Kundgebung wies Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB in NRW darauf hin, dass NRW als „Wie-

ge der Mitbestimmung“ gilt. „Die Mitbestimmung hat soziale und wirtschaftliche Stabilität in unserem Land ermöglicht. Wer den öffentlichen Dienst modernisieren will braucht starke Personalvertretungen, nicht aber vordemokratische Verhältnisse.“ Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender der GEW, warf der Landesregierung vor, „Lehrer zu Beschäftigten 2. Klasse zu degradieren. Den Personalräten in den Schulen soll ein Drittel ihrer Zeit genommen werden, in der sie sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen können. Damit

sind die Lehrerinnen und Lehrer deutlich schlechter gestellt als andere Beschäftigtengruppen. Offensichtlich geht es der Regierungskoalition darum, die Lehrer angesichts einer völlig verfehlten Schulpolitik mundtot zu machen.“ Frank Richter, Vorsitzender der GDP, kritisierte, dass die Novellierung des LPVG weniger sach-



lich als vielmehr politisch begründet sei. „Es wird sehr schnell deutlich, worum es wirklich geht. FDP-Innenminister Wolf will freie Bahn für seinen Umbau von Verwaltung und Polizei zu Lasten der Beschäftigten. Wenn wir wollen, dass unsere Polizei die Demokratie in unserem Land verteidigt, dann müssen die Polizistinnen und Polizisten auch Demokratie an ihrem Arbeitsplatz erleben können.“

Auch die Industriegewerkschaften erklärten sich solidarisch mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Detlef Wetzels, Vorsitzender der IG Metall Bezirk NRW, warnte davor, dass der Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst nur der Anfang sei, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitreichend zu beschränken.

Frank Bsirske, Vorsitzender von Ver.di, ließ keinen Zweifel daran, dass die Beschäftigten in NRW bundesweit unterstützt werden. „Hier geht es nicht nur um NRW. Für die CDU/FDP-Koalition scheint dies der Probelauf für den Abbau der Mitbestimmung bundesweit zu sein. Dies werden wir nicht zulassen.“

www.nrw.dgb.de

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

HASSBERGE/UNTERFRANKEN. Die Vorstandschaft des DGB-Kreisverbandes Hassberge fordert auf, eine von der IG Metall-Verwaltungsstelle Dresden an den Deutschen Bundestag gerichtete Petition zu unterzeichnen. In einer der letzten Sitzungen behandelte die Vorstandschaft des DGB-KV unter anderem die Thematik der Arbeitnehmerüberlassung – Leiharbeit. Durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern sollten kurzfristige Beschäftigungsschwankungen ausgeglichen werden. So sah es der Gesetzgeber vor. Auch in Betrieben im Hassbergkreis werden Leiharbeiter aber lange Zeit auf Dauerarbeitsplätzen beschäftigt und als Ersatz für „Stammbeschäftigte“ genutzt. „Damit muss Schluss sein“, fordert Sabine Schmidt, Vorsitzende des DGB-KV Hassberge.

Wir kennen Kollegen und Kolleginnen, die bereits über 3 Jahre (in Leiharbeit) am gleichen Arbeitsplatz tätig sind. Des Weiteren würden Arbeitsplätze, die bisher in Unternehmen verankert waren und nun z.B. durch Fluktuation frei würden, sehr oft in Leiharbeitsplätze umgewandelt. Die Vorstandschaft fordert für die gleiche Arbeit und Leistung – gleiche Entlohnung sowie eine Begrenzung des Leiharbeitnehmereinsatzes und Überführung in feste Beschäftigung. Diese Forderungen sind in der laufenden Petition an den Bundestag beinhaltet, die die Gewerkschafter unterstützen. Jürgen Hennemann, Vorstandsmitglied, las den genauen Wortlaut der Petition vor: „Der Deutsche Bundestag möge eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dahingehend beschließen, die Leiharbeit auf ein Jahr zu begrenzen, mit dem anschließenden Übergang in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei längerer Dauer. Weiterhin sollen die Tarifbedingungen (Arbeitsbedingungen – Entlohnung etc.) für Leiharbeiter wie im Entleihbetrieb – ohne Ausnahme – gelten. Darüber hinaus wird eine Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes in der Form gefordert, dass der Betriebsrat ein Vetorecht erhält, wenn Arbeitsplätze in einem Unternehmen in Leiharbeitsplätze umgewandelt werden sollen.“

Ziel vieler Unternehmen sei es heutzutage, einen festen Teil der Belegschaft als Leiharbeiter zu beschäftigen, so Helmut Buld, stellvertretender Vorsitzender des KV. Zuerst wurden Leiharbeiter für Auftragspitzen oder zur Überbrückung von Engpässen eingesetzt und bei längerer Beschäftigung und persönlicher Eignung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Hier

konnten wir vielen eine Beschäftigung verschaffen, berichtete er. Seit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die zeitliche Befristung der Leiharbeit aufgehoben wurde, wurde das Ansinnen, über Leiharbeit den Einstieg in ein festes Arbeitsverhältnis zu erleichtern, in der Praxis ins Gegenteil verkehrt. „In den letzten zwei Jahren ist uns eine Übernahme von Leiharbeitnehmern in ein Beschäftigungsverhältnis bei FTE nur in drei Fällen gelungen, und das nur befristet für ein halbes Jahr“, erläuterte Jürgen Hennemann, Vorstandsmitglied und Betriebsratsvorsitzender bei FTE in Ebern. Auch würden vielfach Leiharbeiter als „billige“ Arbeitskräfte eingesetzt und somit ausgenutzt. Die Leiharbeiternehmer bei FTE bekämen ungefähr nur die Hälfte des Tarifeinkommens der Metaller. Sie gehen mit 900 Euro im Monat nach Hause. „Davon kann keine Familie ernährt werden“, stellte Vorstandsmitglied Willi Schütz fest.

Es kämen immer wieder Kollegen ins Betriebsratsbüro, die nicht wüssten, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, weil vom Lohn nichts übrig bleibe, ergänzte Jürgen Hennemann. Er nannte ein konkretes Beispiel: Ein Kollege Leihar-

beiter, der aus dem Thüringer Wald nach Ebern zur Arbeit kommt, konnte sich die notwendigen und vorgeschriebenen Winterreifen für 400 Euro nicht leisten. Trotz der viel geringeren Bezahlung

sollen sie aber die gleiche Leistung bringen. Das führe zu Spannungen am Arbeitsplatz unter den Kollegen, ein unhaltbarer Zustand, der geändert werden müsse. Die Gewerkschafter fordern daher, dass zumindest der gleiche Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden müsse, was mit der Beschäftigung von Leiharbeitnehmern unterlaufen würde. Die Vorstände fordern die Politiker auf, sich dieser Missstände anzunehmen. „Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss hier im Sinne der Petition unbedingt verändert werden.“ Auch der Staat bekomme bei den niedrigen Einkommen der Leiharbeiternehmer nur wenig bis gar keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ab. Viele der Leiharbeiternehmer müssten zudem noch staatliche „ergänzende Hilfe zu Leben“ neben ihrem Einkommen beziehen, um überleben zu können. „Sie kosten den Staat, trotz Arbeit, in einem Vollzeitjob noch zusätzlich Unterstützungsleistung“, so Sabine Schmidt. Sie fordert daher alle Beschäftigten und Bürger auf, die vorgelegte Petition zu unterstützen, indem sie mitgezeichnet wird.

Quelle: sas

Aus: Nachrichten & Standpunkte, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt, Nr. 6/07



Chemieindustrie kämpft für Gentechnik. FAZ, Fr. 10.8.07. Die Bundesregierung müsse das Gentechnik-Gesetz ändern, damit gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland angebaut werden könnten, sagte A. Oberholz vom Verband der Chemischen Industrie (VCI). Er gab zu, dass in der Bevölkerung große Vorbehalte gegenüber der „grünen“ Gentechnik bestünden. Dies gelte allerdings im Wesentlichen gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Möglicherweise lasse sich die Blockade aber überwinden, wenn sich die Industrie stärker nachwachsenden Rohstoffen zuwende. Biokraftstoffe zum Beispiel könne man nur mit gentechnisch veränderten Pflanzen sinnvoll erzeugen. Die weitgehende Verhinderung der Forschung in der grünen Gentechnik sei ein wichtiges Innovationshemmnis in Deutschland. Neben der Kritik äußerte sich Oberholz aber positiv über den Chemiestandort Deutschland. Dieser sei weiterhin einer der innovativsten der Welt.

DIHK für Ausbau der Kitas. FAZ, Do. 16.8.07. Im ersten halben Jahr nach Einführung des Elterngelds sind 200.224 Anträge bewilligt worden. Die Wirtschaft ist erfreut. L. G. Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sagte, das Elterngeld zeige positive Wirkung. Nun müssten weitere Maßnahmen folgen. „Der angekündigte Ausbau der Kinderbetreuung muss zügig angepackt werden, damit die Rückkehr in den Beruf letztlich auch gelingt.“ Es komme auch darauf an, das Angebot qualitativ zu verbessern. Eine Unternehmensbefragung des DIHKs zeige, dass insbesondere die Öffnungszeiten der Kitas dringend flexibilisiert werden müssten.

BDI fordert mehr Mittelstandsförderung durch die Regierung. Die Bundesregierung will entsprechend dem Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen innovative junge und mittelständische Unternehmen stärker fördern und den Anreiz zu Kapitalbeteiligungen erhöhen. Die Wagniskapital-Förderung kostet Bund und Länder jährlich Steuereinnahmen von 465 Millionen Euro. Kriterien für die (Gewerbe-)Steuervorteile sind, dass das „Zielunternehmen“ nicht älter als zehn Jahre ist und das Eigenkapital nicht mehr als 20 Millionen Euro beträgt. Die Wirtschaft kritisierte, dem Ziel, die Eigenkapitalfinanzierung in Deutschland wettbewerbsfähiger zu gestalten, werde der Entwurf nur bedingt gerecht. J. Thuman, BDI, bemängelte, die steuerlichen Hemmnisse für die Beteiligungsfinanzierung würden nur halbherzig abgebaut. Auch weite Teile des industriellen Mittelstandes hätten ein echtes Eigenkapitalproblem. *Presseauswertung: rst*

„Die Zeit“ hat in ihrer Ausgabe Nr. 33 (Anfang August) ein **Wahlanalyse** veröffentlicht, die schon zu erstaunlichen

Ergebnissen geführt hat. Wir dokumentieren auszugsweise aus der Bewertung. Den Artikel und die Umfrage-Ergebnisse findet man unter: www.zeit.de/2007/33/Links-ZEIT-Umfrage

„68 Prozent der FDP-Wähler befürworten die Einführung eines Mindestlohns. Zwei Drittel der Unionsanhänger wünschen sich, dass der Staat mehr für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren tun soll. Die überwältigende Mehrheit der SPD-Anhänger – 82 Prozent – möchte die Rente mit 67 am liebsten wieder abgeschafft sehen. Unter Unionswählern sind es fast genauso viele, nämlich 80 Prozent. Selbst bei den Liberalen wollen 71 Prozent lieber schon mit 65 in Rente gehen. 71 Prozent der Unionswähler sagen, Unternehmen wie Bahn, Telekom und Energieversorger sollten lieber in Staats- als in Privatbesitz sein. Auch eine Mehrheit der FDP-Wähler, immerhin 57 Prozent, ist dieser Meinung. Das sind Werte, die man bei der Linkspartei vermutet hätte.

Kann es sein, dass dieses Land unmerklich nach links gerückt ist, dass es heute schon viel weiter links steht, als es wahrhaben will? Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Auftrag der ZEIT legt diesen Schluss nahe: Teils satte Mehrheiten in allen politischen Lagern sprechen sich für mehr Staatsintervention und gegen weitere Privatisierungen, gegen Atomkraft, gegen den Afghanistaneinsatz und für eine Rücknahme von Reformzumutungen aus. Der Begriff ‚linke Mehrheit‘ bekommt in diesem Licht eine neue Bedeutung. Darunter ist nicht nur die rechnerische Mehrheit einer rot-rot-grünen Parlamentskonstellation zu verstehen, die wegen selbst verordneter sozialdemokratischer Kontaktperrre einstweilen folgenlos bleibt. In vielen Fragen gibt es linke Mehrheiten – und das in allen Parteien.

72 Prozent aller Befragten finden, die Regierung tue zu wenig für die soziale Gerechtigkeit. Fast alle Wähler der Linken (97 Prozent) sind dieser Meinung, was wenig überrascht. Aber: Auch 60 Prozent der Unions- und 76 Prozent der SPD-Anhänger denken so, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Lage. Was die gefühlte Gerechtigkeitslücke der Regierungspolitik angeht, gibt es satte Zweidrittelmehrheiten vom Prekariat bis zu den Besserverdienenden. Die FDP, die sich in schriller Kalter-Krieg-Rhetorik als

letztes Bollwerk gegen den Linksruck empfiehlt, ist in Wahrheit mittendrin. Links ist überall? (...)

Der neue Linksruck hat auffällig wenig mit Aufbruchgeist und viel mit Verunsicherung zu tun. Viele bewahrende, linkskonservative Motive mischen sich darin: Sehnsucht nach dem alten Sozialstaat mit Rundum-sorglos-Paket, die Versuchung des weltpolitischen Rückzugs aus einer komplexen und feindlichen Welt, Realitätsverweigerung gegenüber der demografischen Herausforderung. Böse Zungen sagen, was als links daherkomme, sei gar nicht links, sondern sentimentaler Sozialkonservatismus, Sehnsucht nach der bloß vermeintlich heilen Welt der Bundesrepublik der Siebziger. Aber Verwünschen und Entlarven hilft nichts. Einer Protestpartei wie der Linken kann gar nichts Besseres passieren als wütendes Geschimpfe des Establishments. (...)

Nur knapp mehr als ein Drittel der Deutschen (34 Prozent) ist der Meinung, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sei ‚eher richtig‘. Mit höherer Bildung steigt die Zustimmung zum Auslandseinsatz zwar merklich an – aber in keiner einzigen untersuchten Gruppe lässt sich noch eine Mehrheit für den Auslandseinsatz ausmachen. Die meiste Zustimmung erhält der Einsatz noch bei den Grünen – mehr als bei der Union. Die Grünen haben über Afghanistan einen internen Streit bis an den Rand des Zerwürfnisses ausgetragen. Ihr Milieu identifiziert sich vielleicht auch deshalb mehr mit dem Konflikt als alle anderen. Die Grünen als letzter Rückhalt der Armee im Ausland, das ist eine ziemlich vertrackte Ironie der Geschichte. (...)

Bei keinem Thema wird die Abkehr vom so genannten ‚Neoliberalismus‘ so deutlich wie bei der Privatisierung von Staatsunternehmen. Die Anhänger der Volksparteien lehnen dies noch heftiger ab als der Rest des politischen Spektrums. Bei den Wählern der Linkspartei ist der Widerwille gegen die Deregulierung von Infrastrukturunternehmen nur geringfügig stärker als bei Union und SPD: 72 Prozent der SPD-Wähler, 71 Prozent der Unionswähler und 76 Prozent der Linkewähler sind sich einig darin, dass Bahn, Post und Gaswerk beim Staat besser aufgehoben sind als in privaten Händen. Und weil auch bei der FDP eine Mehrheit gegen Privatisierungen ist, bleiben die Grünen mit knapper staats-skeptischer Mehrheit als die einzigen wahren Liberalen übrig. (...)

Dass eine Mehrheit die Rolle der Gewerkschaften als ‚eher zu klein‘ bewertet, passt dazu. Bei den Sozialdemokraten sieht es die Hälfte so, bei der

Linken gut zwei Drittel, bei den Grünen sind es sogar 71 Prozent. Aber auch bei der Union ist ein Drittel dieser Meinung, und unter FDP-Anhängern stellt sich immerhin ein erklärungsbedürftiges störrisches Viertel gegen Guido Westerwelles Antigewerkschaftsrhetorik. Offenbar werden die Gewerkschaften bis weit ins bürgerliche Lager nicht mehr nur als die Bremsen gesehen, die verhindern, dass Deutschland für die Globalisierung fit wird. Viele Bürger fürchten, dass der Aufschwung nicht in ihren Taschen ankommt. Man sieht die Gewerkschaften als Bollwerk gegen den verschärften Druck auf Löhne und Gehälter, den die globalisierte Wirtschaft mit sich bringt.

Deutschland hat einen Linksdrahl: 86 Prozent der Deutschen ordnen sich in der Mitte und links davon ein. Als rechts wollen nur 11 Prozent gelten. Bei den Unionsanhängern hat die bekennende Linke (25 Prozent) die bekennende Rechte (22 Prozent) überflügelt. Ein interessantes Detail für Gender-Forscher: Frauen neigen noch etwas mehr nach links als Männer.

Die Umfrage ist die Momentaufnahme einer zutiefst verunsicherten Gesellschaft. Der Linksruck, der sich in ihr abzeichnet, hat einen emotionalen Glutkern: das Gefühl der Ungerechtigkeit. Das ist nicht mit Neid und Gleichmacherei zu verwechseln, mögen sie auch eine Rolle spielen. Die Menschen, hat John Rawls, der große linke Sozialphilosoph des vergangenen Jahrhunderts, erklärt, sind nicht per se gegen Ungleichheit. Sie akzeptieren Ungleichheit, wenn sie an Leistung gebunden ist und am Ende alle von ihr profitieren, weil das Land wettbewerbsfähiger wird und prosperiert. Der Glaube an diese Bindung ist durch alle politischen Milieus hinweg erschüttert – das ist ein unabwiesbares Ergebnis dieser Umfrage. Wenn das Vertrauen in die Chancengerechtigkeit einer Gesellschaft verloren geht, kann das zu einem Problem für die Demokratie werden. (...)

Doch es wäre fahrlässig für die Politik, darauf zu wetten. Die Linke wird naheliegenderweise vor allem als Problem der SPD wahrgenommen, weil sie deren Themen besetzt. Das ist zu kurz gedacht, wie unsere Umfrage belegt. Die Linke repräsentiert Einstellungen und Meinungen, die bis tief ins bürgerliche Milieu streuen. Eine „wichtige Rolle für die Linke in Deutschland“ wünschen 29 Prozent der Sozialdemokraten, aber auch 13 Prozent der Unionswähler und 15 Prozent der Liberalen. Bei den Grünen ist dieser Wunsch mit 42 Prozent am heißesten.“

Zusammenstellung: jöd

Mitte Juli hat der Vorstand der IG Metall die im Folgenden dokumentierten „Vorschläge für eine Fachkräfte-Initiative“ von Politik, Arbeitsagentur, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden vorgelegt.

Das Papier zielt darauf, in der aktuellen Arbeitsmarkt- und Fachkräftedebatte den zum Teil hysterischen Klagen einzelner Interessenverbände eine realistische Gesamtsicht auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation entgegenzustellen, mehr Druck auf Politik und Unternehmen aufzubauen, damit diese mehr Ressourcen für den Ausbau und die Verbesserung von Ausbildung und Weiterbildung bereitstellen, und somit einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und sozialer Fairness auf dem Arbeitsmarkt und beim Thema Bildung und Ausbildung zu leisten.

Wie berechtigt solche Forderungen sind, zeigt ein Blick auf die aktuellen Arbeitsmarktzahlen. Die Agentur für Arbeit etwa schätzt in ihrem letzten Monatsbericht (Juli 2007) die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand Mai 2007) auf 26,857 Millionen. Das sind immer noch etwa 1,5 Millionen weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als 2001, vor dem letzten Konjunktуреinbruch. Viele

Fachkräfte, vor allem Ingenieure, die jetzt von Unternehmen dringend gesucht werden, wurden erst vor wenigen Jahren von den gleichen oder ähnlichen Unternehmen im Rahmen von Kostensenkungsprogrammen zur Steigerung des „Shareholder-Values“ entlassen.

Vor diesem Hintergrund muten die Klagen mancher Unternehmen und ihrer Verbände über fehlende Fachkräfte geradezu bizarr an. Sollen sie doch in Zukunft weniger schnell entlassen und lieber mehr ausbilden, möchte man antworten. Sollen die Unternehmen doch mehr Mittel für betriebliche Weiterbildung bereitstellen! Soll doch die Agentur für Arbeit ihren jahrelangen Abbau von Weiterbildungsangeboten für Arbeitslose und die massiven Budgetkürzungen in diesem Bereich zurücknehmen! Soll doch die Politik die soziale Selektion im Schulsystem und die soziale Abschottung der Hochschulausbildung endlich korrigieren!

Es wird spannend sein, ob und wie weit die Argumente der IG Metall – und sicher auch die anderer Gewerkschaften – in den nächsten Wochen und Monaten im politischen Feld durchdringen.

rül

IG Metall

Vorschläge für die Fachkräfte-Initiative

Die IG Metall fordert die Unternehmen, die Politik, die Tarifparteien und die Bundesagentur für Arbeit auf, endlich eine Fachkräfte-Initiative auf den Weg zu bringen, damit die Weichen richtig gestellt werden.

1. Ingenieure nachqualifizieren

Im Mittelpunkt der Debatte um den Fachkräftemangel stehen Ingenieure. Der VDI sieht 24.000 Ingenieursstellen unbesetzt. Um diesem Engpass kurzfristig entgegenzuwirken sind für jetzt Arbeitslose und ältere erwerbslose Ingenieure individuell zugeschnittene Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten. Damit ist die Wiedereingliederung möglichst vieler der heute mehr als 23.000 arbeitslos gemeldeten Ingenieure in den Arbeitsmarkt möglich.

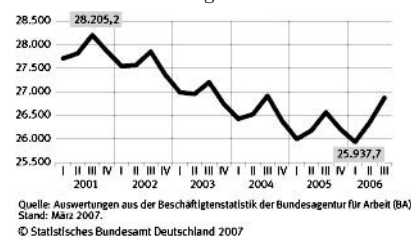
2. Studiengebühren abschaffen

Die Einführung von Studiengebühren erhöht die Hürden vor dem Studium vor allem für junge Menschen aus finanziell eher schwächer gestellten Familien. Kinder aus Arbeiterfamilien sind ohnehin an den Universitäten und Fachhochschulen unterrepräsentiert. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch widersinnig: Eine Wirtschaft, die wie die deutsche im hohen Maße vom Rohstoff Bildung und Ausbildung abhängt, kann sich eine derartig schlechte Ausschöpfung von Potenzialen nicht leisten. Deshalb weg mit den Studiengebühren!

3. Studienabbrüche vermindern

Gerade in den Ingenieurstudiengängen gibt es dramatische Abbrecherquoten (bis zu 50 Prozent!). Das ist auch Folge

Entwicklung der sozialversicherungs -
pflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort
jeweils zum Quartalsende
Beschäftigte in Tausend
insgesamt



von mangelnder Qualität von Studium und Lehre. Hier sind Anstrengungen der Universitäten und Fachhochschulen gefragt und nicht der reflexartige Verweis auf schlechte Eingangsvoraussetzungen der Studenten. Wenn es gelingt, wieder mehr Absolventen der dualen Berufsbildung an die Hochschulen zu ziehen, werden sich die Eingangsvoraussetzungen vermutlich ohnehin drastisch verbessern!

4. Universitäten und Fachhochschulen für Berufskompetenz öffnen

Viel zu hoch sind nach wie vor die Hürden für Menschen mit beruflichen Qualifikationen, ohne formale Hochschulreife ein Studium aufnehmen zu können. Die vorhandenen Regelungen sind unübersichtlich, die Rahmenbedingungen unzureichend und die Vorurteile an den Unis zu hoch. Hier müssen Transparenz hergestellt, Anreize gesetzt und Vorurteile abgebaut werden. Dazu sollte die Bundesregierung die unterschiedlichen Studienvoraussetzungen in einer Vergleichsstudie untersuchen. Ich bin sicher, dass die Absolventen der

dualen Berufsbildung dabei weit besser abschneiden werden, als heute viele vermuten.

5. Sieben Prozent Ausbildungsquote realisieren

Eine Ausbildungsquote von mindestens sieben Prozent über alle Branchen hinweg würde den Fachkräftebedarf nachhaltig, auch für die Zukunft sichern. Nachholbedarf gibt es fast überall, vor allem im IT-Bereich. Am besten steht in unseren Branchen laut Berufsbildungsbericht 2006 noch der Maschinenbau mit 6,5 Prozent da, die Metallindustrie schafft keine 6 Prozent, der Fahrzeugbau gerade 4,4 Prozent. Elektro- und Datenverarbeitungstechnik geben sich mit kümmerlichen 4,1 Prozent Azubis zufrieden und der IT-Bereich kommt noch nicht einmal auf 3,8 Prozent – bei deutlich rückläufiger Tendenz. Wer so wenig in der Erstausbildung tut, muss sich nicht wundern, wenn ihm die IT-Studenten und -Studienabsolventen fehlen!

Die jetzige Form der Finanzierung der beruflichen Ausbildung ausschließlich durch eine Minderheit – 23 Prozent! – ausbildender Betriebe und in Form von Notprogrammen durch den Staat ist widersinnig. Es gibt viel bessere Lösungen. Nicht nur in anderen europäischen Ländern, sondern auch in der Bauwirtschaft in Deutschland haben sich Umlagefinanzierungen bewährt. Das krisengeschüttelte Baugewerbe schaffte 2004 immerhin eine Ausbildungsquote von 9,7 Prozent. Daran sollten sich andere Branchen schnellstens ein Beispiel nehmen.



6. Frauen für technische Berufe gewinnen

Die niedrige Zahl von Frauen in technischen Berufen und in ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Studiengängen ist reine Verschwendung von volkswirtschaftlichen Ressourcen. Darauf verweist sogar der Technologiebericht der Bundesregierung. Und hier ist Handlungsbedarf. Viele glauben ja, es sei schon alles versucht worden; Frauen seien für Technik und Naturwissenschaften einfach genetisch nicht angelegt. Die sollten einfach mal in den Technologiebericht der Bundesregierung schauen: In Deutschland kamen 2003 auf jede Absolventin eines ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Studienganges 2 männliche Kollegen. Dass es in Schweden nur 1,6, in USA nur 1,45 und in Italien, Spanien und Großbritannien sogar nur 1,4 sind, belegt, dass das Problem nicht bei den Frauen liegen kann.

7. Weiterbildung systematisch ausbauen

Es kann nicht sein, dass jemand, der Ende 30 oder Anfang 40 ist, als nicht mehr qualifizierbar angesehen wird. Die Weiterbildung älterer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen muss endlich in den Fokus der betrieblichen Personalpolitik treten. Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen offen stehen. Finanzierung und Angebot sind sicherzustellen. Im europäischen Vergleich haben wir heftigen Nachholbedarf: Bei allen wichtigen Indikatoren – Aufwendungen in Geld und Zeit, Teilnahmequote – erreichen wir nur Plätze im unteren Drittel der Rangskala.

Wir haben in der Metall- und Elektro-

industrie und bei Textil Tarifverträge zur Weiterbildung erstreiten können. Damit können wir die Diskussionsprozesse in den Betrieben anstoßen, aber handeln müssen die Betriebe selbst.

8. Fachkräftemonitoring einführen

Die IG Metall fordert eine systematische Prognose und bessere Erfassung des Fachkräftebedarfs in den Branchen. Viel zu viele Betriebe lügen sich selbst in die Tasche: Sie bilden nicht aus, weil sie erwarten, bei Bedarf auf ausgebildetes Personal vom Arbeitsmarkt oder aus der Leiharbeit zurückgreifen zu können. Aber wer bildet dafür aus?

Auch das Outsourcing hat den Überblick über den tatsächlichen Bedarf von Fachkraft in den Wertschöpfungsketten verstellt. Hier müssen wir neue regional- und branchenspezifische Instrumente entwickeln und anwenden.

9. Auch Leiharbeitsfirmen müssen aus- und weiterbilden

Bisher tun sie das so gut wie gar nicht. Ausbilden können Leiharbeitsfirmen entweder bei den Entleihfirmen, die die Leiharbeitnehmer beschäftigen, oder in eigenen Aus- und Fortbildungseinrichtungen. 5 Tage Weiterbildung pro Jahr sollte für jeden Leiharbeitnehmer selbstverständlich sein. Und jeder Beschäftigte muss Anspruch auf ein persönliches Qualifizierungsgespräch erhalten. Im Ausland, z.B. in den Niederlanden, gibt es dafür Umlagesysteme.

10. Oberste Priorität für aktive Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesagentur für Arbeit

Die Steuerungslogik der Bundesagentur muss verändert werden. Schnelle und kostengünstige Integration in den ersten Arbeitsmarkt als alleiniges Geschäftsziel ist nur kurzfristig erfolgreich. Die langfristigen beruflichen Perspektiven und der dafür erforderlichen Qualifikationen gehören in den Vordergrund.

Wir haben uns in den letzten Jahren den Luxus erlaubt, Tausenden von jungen Menschen, deren Ausbildungswilligkeit und -fähigkeit niemand infrage stellt, den Weg in eine Berufsausbildung zu verbauen, und sie in Warteschleifen geschickt.

Mindestens 100.000 Altbewerber könnten innerhalb von drei Jahren in einem qualifizierten Facharbeiterberuf ausgebildet werden. Und den jungen Leuten, die sich in der Ausbildung schwer tun, könnte ein Rechtsanspruch auf ausbildungsbegeleitende Hilfen die nötige Unterstützung geben.

Quelle: IGM Vorstand, Fachbereich Sozialpolitik, August 2007

Am 22. 11. 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission so genanntes ein Grünbuch zum Arbeitsrecht.¹ Den Hintergrund für diese Initiative bilden vor allem drei Diskussionskomplexe. Erstens die „Lissabon-Strategie“, die als Antwort auf die globale Konkurrenzsituation gedacht war. Die darin proklamierte Zielsetzung, der europäischen Wirtschaftsraum solle bis zum Jahre 2010 der konkurrenzfähigste und innovativste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden, findet sich heute als Bezugspunkt in fast allen Kommissionsdokumenten wieder. Zweitens die Veränderungen in den Beschäftigungsformen und den Arbeitsbedingungen, die unter dem Stichwort Prekarisierung diskutiert werden und zu einer immer stärkeren Segmentierung der Arbeitsmärkte führen. Und drittens die Diskussionen um das bestehende europäische Arbeitsrecht und die Probleme seiner Anwendung auf nationaler Ebene bzw. seiner Weiterentwicklung.

Auftakt für Konsultationen, Richtlinien und Empfehlungen

Mit dem Grünbuch ist jetzt ein Verfahren in Gang gesetzt worden, an dessen Ende wohl im Wesentlichen Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten stehen werden, unter Umständen aber auch eine Reihe von neuen Richtlinien auf den Weg gebracht bzw. die Veränderung bestehender Richtlinien vorgenommen wird.

Nach Veröffentlichung des Grünbuchs folgte ein Viermonatszeitraum, in dem die nationalen Regierungen, das Euro-

Dokumentiert: Grünbuch der Europäischen Kommission, 22.11.2006

„Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

1. Einleitung – Zweck dieses Grünbuchs

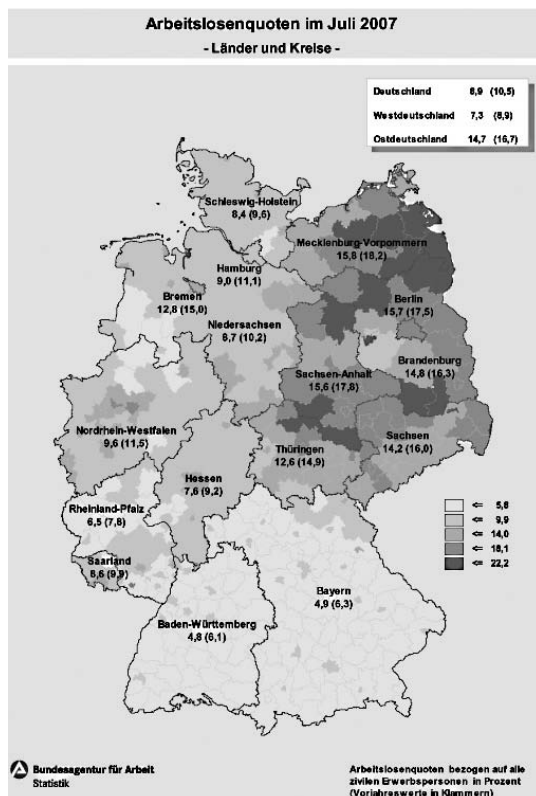
Mit diesem Grünbuch soll in der EU eine öffentliche Debatte darüber eingeleitet werden, wie durch Weiterentwicklung des Arbeitsrechts positive Wirkungen im Hinblick auf das Ziel der Lissabon-Strategie erzielt werden können, nachhaltiges Wachstum und gleichzeitig mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Die Modernisierung des Arbeitsrechts ist von zentraler Bedeutung für eine bessere Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen. Dieses Ziel muss im Sinne der Gemeinschaftsziele Vollbeschäftigung, Arbeitsproduktivität und sozialer Zusammenhalt weiterverfolgt werden. ...

Im vorliegenden Grünbuch wird untersucht, wie mit Hilfe des Arbeitsrechts Fortschritte bei der „Flexicurity“-Agenda erzielt werden können und damit das Entstehen eines Arbeitsmarktes gefördert werden kann, der gerechter, reaktionsfähiger und integrativer ist und dazu beiträgt, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. ...

Fragen

Die zentrale politische Herausforderung – ein flexibler, integrativer Arbeitsmarkt

1. Welche Punkte sollten Ihrer Ansicht nach auf der Agen-



Grünbuch der Europäischen Kommission zu Beschäftigungspolitik und Arbeitsvertragsrecht

paparlament, der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf nationaler und europäischer Ebene und andere interessierte Kreise Kommentare zu dem Dokument abgeben konnten. Das Dokument ist so aufgebaut, dass jedes Kapitel nach einer Beschreibung der Problemstellung mit einer oder mehreren Fragen endet, zu denen sich geäußert werden soll und die auch schon die Richtung der Diskussion bzw. des Denkens der Kommission andeuten.

Auf Basis der Antworten wird die Kommission voraussichtlich Herbst dieses Jahres ein Weißbuch herausgeben, in dem anvisierte Vorhaben konkretisiert werden. Auch zu diesem Dokument können von den genannten Institutionen Kommentare abgegeben werden. Dann folgen konkrete Empfehlungen, Mitteilungen oder Richtlinien der Kommission zu einzelnen Gegenständen, die in diesem Themenkreis wahrscheinlich alle dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen; das heißt, Rat und Parlament müssen eine Einigung über die Inhalte erzielen, wenn es zu einer Verabschiedung kommen soll. Zwei Lesungen im Parlament werden hierzu durchgeführt.

Neue Arbeitsvertragsformen

Das Grünbuch trägt zwar den Titel „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, es behandelt jedoch nur bestimmte Aspekte des Arbeitsrechts. Alle 14 Fragen des Papiers, aus denen die Inhalte ersichtlich werden, haben wir hier untenstehend dokumentiert. Da die Frage flexibler Arbeitsmärkte, flexibler Beschäftigter und flexibler Unternehmen eine Art Kristallisationspunkt der gesamten Diskussion bildet, hat die Europäische Kommission auch angekündigt, dieses Konzept zu operationalisieren. Mittlerweile wurde am 27. Juni eine Mitteilung der Kommission veröffentlicht². Darin werden die Arbeitsmarktpolitik, das lebenslange Lernen, die sozialen Sicherungssysteme sowie die Arbeitsvertragsbeziehungen (individuell und kollektiv) als wesentliche Gegenstandsbereiche des Konzeptes benannt. Neben einer Beschreibung konkreter Handlungsfelder folgen dann vier Anwendungspfade mit Vorschlägen für spezifische Arbeitsmarktsituationen.

Unter dem Stichwort der Globalisierung fasst die Kommission eine ganze Reihe von Veränderungen im Wirtschaftshandeln zusammen. „Der rasche technische Fortschritt, der durch die

Globalisierung schärfer werdende Wettbewerb, die sich wandelnden Bedürfnisse der Verbraucher und das signifikante Anwachsen des Dienstleistungssektors haben die Notwendigkeit größerer Flexibilität deutlich gemacht. Das Aufkommen des Just-in-time-Managements, die Verkürzung des Investitionshorizonts von Unternehmen, die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die zunehmende wechselhafte Nachfrage, all dies veranlasst die Unternehmen, sich auf flexiblerer Grundlage zu organisieren.“ (S. 5)

In der Folge hat sich neben dem Standard-Arbeitsvertrag eine Reihe neuer Arbeitsvertragsformen herausgebildet, die von Unsicherheit und geringeren rechtlichen Standards geprägt seien. „Befristete Arbeitsverträge, Teilzeitverträge, Abrufverträge, Null-Stunden-Verträge, Verträge für Arbeitnehmer, die über Zeitarbeitsfirmen eingestellt werden, Freelance-Verträge usw. haben sich inzwischen fest auf den europäischen Arbeitsmärkten etabliert. Der Anteil der Beschäftigten, die keinen Standardarbeitsvertrag haben, und der Selbständigen ist von über 36% im Jahr 2001 auf nahezu 40% der Arbeitskräfte in der EU-25 im Jahre 2005 gestiegen.“ (S. 8)

da einer sinnvollen Arbeitsrechtsreform ganz oben stehen?

2. Kann eine Anpassung des Arbeitsrechts und der Tarifverträge zur Erhöhung der Flexibilität und der Beschäftigungssicherheit sowie zur Verringerung der Segmentierung des Arbeitsmarktes beitragen? Wenn ja, wie?

3. Wirken die geltenden Regelungen, seien es Gesetze oder Tarifverträge, hemmend oder fördernd für Unternehmen und Beschäftigte, die die Chancen zur Erhöhung der Produktivität nutzen und sich an die Einführung neuer Technologien und an die mit dem internationalen Wettbewerb verbundenen Veränderungen anpassen wollen? Wie können die für die KMU relevanten Regelungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der angestrebten Ziele verbessert werden?

4. Wie könnte die Aufnahme befristeter oder unbefristeter Arbeitsverhältnisse arbeitsrechtlich oder tarifvertraglich erleichtert werden, so dass im Rahmen der zu Grunde liegenden Arbeitsverträge ein höherer Grad an Flexibilität ermöglicht und gleichzeitig aber auch eine angemessene Beschäftigungssicherheit und ein angemessener sozialer Schutz gewährleistet werden?

Modernisierung des Arbeitsrechts – Diskussionsthemen

a. Beschäftigungsübergänge

5. Wäre es hilfreich, über eine Kombination von flexiblen Kündigungsschutzgesetzen und gut durchdachten Unterstützungsleistungen für Arbeitslose nachzudenken, sowohl in Form von Lohnersatzleistungen (d.h. passiver Leistungen der Arbeitsmarktpolitik) als auch von aktiven

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik?

6. Welche Rolle könnten Gesetze und/oder von den Sozialpartnern ausgehandelte Tarifverträge spielen im Hinblick auf die Förderung des Zugangs zur Ausbildung und die Erleichterung von Übergängen zwischen verschiedenen Vertragsformen mit dem Ziel, eine zunehmend bessere Beschäftigungssituation im Laufe eines durchgehend aktiven Berufslebens zu erlangen?

b. Unsicherheit bezüglich der Gesetzeslage

7. Ist bei den in den Mitgliedstaaten geltenden juristischen Definitionen von Beschäftigung und Selbstständigkeit größere Klarheit erforderlich, um „bona-fide“-Übergänge zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit und umgekehrt zu erleichtern?

8. Braucht man einen Grundstock an Vorschriften, welche die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten, unabhängig von der Form ihres Arbeitsvertrags, regeln? Wie würden sich derartige Mindestanforderungen Ihrer Ansicht nach auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf den Arbeitnehmerschutz auswirken?

c. Dreiseitige Arbeitsverhältnisse

9. Sollten Ihrer Ansicht nach die Verantwortlichkeiten der einzelnen Parteien in mehrseitigen Arbeitsbeziehungen eindeutiger geregelt werden, um festzulegen, wer für die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten verantwortlich ist? Wäre die Anordnung einer nachrangigen Haftung eine wirksame und praktikable Möglichkeit, um diese Verantwortlichkeiten bei der Einbeziehung von Subunternehmern sicherzustellen? Wenn nein, sehen Sie andere Möglichkeiten, einen angemessenen Arbeitnehmerschutz in „dreiseitigen Arbeitsverhältnissen“ zu gewährleisten?

10. Halten Sie es für notwendig, den Beschäftigungsstatus von Leiharbeitnehmern zu klären?

d. Organisation der Arbeitszeit

11. Wie könnten Mindestanforderungen im Zusammenhang mit der Organisation der Arbeitszeit so geändert werden, dass sie sowohl zu mehr Flexibilität für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer führen, als auch zu einem höheren Schutzniveau für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer? Mit welchen Aspekten der Arbeitszeitorganisation sollte die Gemeinschaft sich vorrangig befassen?

e. Mobilität der Arbeitskräfte

12. Wie können die Arbeitnehmerrechte von Beschäftigten in Arbeitsverhältnissen mit in einem grenzüberschreitenden Bezug, insbesondere von Grenzgängern, überall in der Gemeinschaft gewährleistet werden? Besteht Ihrer Ansicht nach Bedarf an einer einheitlicheren Definition des Begriffs „Arbeitnehmer“ in den EU-Richtlinien, um sicherzustellen, dass diese Arbeitnehmer ihre Beschäftigungsrechte unabhängig davon wahrnehmen können, in welchem Mitgliedstaat sie arbeiten? Oder sind Sie der Ansicht, dass der Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten in dieser Frage nicht beschränkt werden sollte?

f. Fragen der Rechtsdurchsetzung und Schwarzarbeit

13. Halten Sie eine verstärkte Verwaltungszusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden für erforderlich, um das gemeinschaftliche Arbeitsrecht wirksamer durchsetzen zu können? Können Ihrer Ansicht nach die Sozialpartner bei dieser Zusammenarbeit eine Rolle spielen?

14. Bedarf es Ihrer Auffassung nach auf EU-Ebene weiterer Maßnahmen, um die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit zu unterstützen?

Vor allem Frauen, Jugendliche, älterer Beschäftigte oder Langzeitarbeitslose seien betroffen. Gepaart mit rechtlichen Veränderungen in verschiedenen europäischen Ländern seien segmentierte Arbeitsmärkte entstanden.

Weniger Kündigungsschutz als Antwort auf Prekarität?

An mehreren Stellen des Papiers entwickelt die Kommission eine Argumentation nach bekanntem Muster. Der schwunghafte Anstieg neuer (prekärer) Beschäftigungsformen bei gleichzeitiger Abschottung der Stammbeschäftigten mit Standardarbeitsverträgen mit hohem Schutzniveau führe zu einer Abschottung der verschiedenen Arbeitsmarktsegmente voneinander und letztlich zur Unfähigkeit, nötige Anpassungsprozesse in der Ökonomie zu bewältigen. „Der kürzlich erschienene Bericht über die Beschäftigung in Europa 2006 verweist auf Erkenntnisse, die besagen, dass durch strenge Beschäftigungsschutzgesetze die Dynamik des Arbeitsmarktes eher verringert wird, weil die Aussichten von Frauen, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern verschlechtert werden.“ (S. 9)

Allerdings erschöpft sich das Papier nicht in diesen Überlegungen zum Abbau von Arbeitnehmer-Schutzrechten. Es geht der Kommission tatsächlich um eine Antwort auf dynamische Veränderungen in den europäischen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen, für deren Bewältigung als entscheidende Bedingungen qualifizierte und mobile Belegschaften sowie Innovation angesehen werden. Entsprechend findet sich vor allem in der am 27. Juni vorgelegten Mitteilung zum Flexicurity-Konzept eine ganze Reihe von Überlegungen zu betrieblicher und überbetrieblicher Qualifizierung.

Defensive Kritik des EGB

Scharfe Kritik hat das Vorgehen der Kommission während der Vorbereitung des Grünbuches provoziert. Obwohl der Gegenstand in die Themen fällt, bei denen die europäischen Sozialpartner entsprechend Artikel 138 der Verträge im Vorfeld konsultiert werden müssen, hat sich dies die Kommission erspart (wie auch bei der neuen Strategie für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz 2007-2012). Das konterkariert die proklamierte Absicht, auf europäischer Ebene die zivilgesellschaftlichen Instrumente, insbesondere die Methode der offenen Koordinierung, auszubauen. Ebenfalls kritisiert wird von den Gewerkschaften ein Konstruktionsfehler bzw. die dahinter stehende politische Absicht. Es geht der Kommission darum, dass sich die Beschäftigten dem Wandel anpassen müssen. Das Arbeitsrecht ist in dieser Denkfigur eine abhängige Variable. Daher der Begriff von der Anpassung an den Wandel.

Darüber hinaus fürchtet der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), dass tendenziell der Kündigungsschutz, aber auch die Funktion der Tarifverträge geschliffen werden sollen. In diesem Zusammenhang verweist der EGB auf die Autonomie der nationalen Sozialpartner in Fragen der Arbeitsbeziehungen. Ist jedoch die Analyse des EGB bezüglich der Segmentierungen auf den Arbeitsmärkten richtig, dann hilft dieser Hinweis wenig, da ja offensichtlich auf nationaler Ebene keine Haltelinien gegen die Prekarisierung gefunden wurden. Der EGB unterstreicht in seiner Stellungnahme selbst den wachsenden Druck auf den Arbeitsmärkten und das Entstehen eines zweigeteilten Arbeitsmarktes. Es fehlt neben dem Hinweis auf den Wert des traditionellen Standardarbeitsverhältnisses jedoch eine eigene Strategie. Dabei finden sich in den Kommissionsdokumenten Hinweise genug: Qualifizierung im Beruf bzw. am Arbeitsplatz, Beteiligungsrechte der Beschäftigten in diesen Fragen, Anforderungen an soziale Sicherungssysteme, Schulausbildung, Qualifizierungsrechte für Arbeitslose, Mindestanforderungen an den Kündigungsschutz usw. Zu all diesen Themen wären Aussagen möglich gewesen, zumal in verschiedenen Bereichen aktuelle EU-Initiativen auf dem Tisch liegen.

Gute Entschließung des EP

Letztlich finden sich mehr Anhaltspunkte für die Formulierung von Beschäftigteninteressen in der am 11. Juli vom EU-Parlament verabschiedeten Entschließung zum Grünbuch als in der Stellungnahme des EGB. Eine im EP und in der gesamten Diskussion kaum noch hinterfragte Position ist, dass es heute auf eine sichere Beschäftigung im Lebensverlauf statt auf einen konkreten Arbeitsplatz ankomme. Gleichwohl unterstreicht das EP die positive Rolle des Normalarbeitsverhältnisses und ist damit ein Verbündeter im Kampf gegen Prekarisierung. Auch die Formulierungen des EP zur Rolle des Kündigungsschutzes können von den Gewerkschaften aufgegriffen werden. Das EP betont die Einbeziehung der Gruppen, die heute nicht durch die Sozialpartner repräsentiert sind, sowie die Methode der offenen Koordinierung. Hier muss der EGB aufpassen, dass er sich nicht die Tür für Bündnispolitik zuschlägt. Noch können der EGB und die nationalen Gewerkschaften zu all diesen Gegenständen konkretere Anforderungen formulieren und Bündnispolitik betreiben, denn nach dem Weißbuch der Kommission beginnt ja erst die zweite von vier Runden.

rog

1 Europäische Kommission: Grünbuch – Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts; KOM(2006) 708 endgültig

Dokumentiert

I. Stellungnahme des EGB vom 20.-21. März 2007 (Auszüge)

Position des Geschäftsführenden Ausschusses des EGB, angenommen auf seiner Sitzung am 21.-22. März 2007 in Rom

... Der EGB begrüßt die *Anerkennung eines Bedarfs des besseren Schutzes* des wachsenden Anteils von Arbeitnehmern in der EU, die in Formen prekärer Arbeit beschäftigt sind. Die am meisten gefährdeten Beschäftigten in der EU sind in steigendem Maße nicht angemessen durch Gesetze und praktisch durch das Arbeitsrecht und in den sozialen Sicherungssystemen geschützt. Dies führt zur Situation permanenter Unsicherheit und sozialer Ausgrenzung.

... Der EGB ist *absolut nicht einverstanden mit der Analyse der Rahmenbedingungen*, wie sie im Grünbuch präsentiert wird. Entsprechend der Kommissionsanalyse ist das traditionelle Modell des Normalarbeitsverhältnisses wegen seiner Überregulierung überholt, und daher müssten alternative Modelle für die Vertragsbeziehungen entwickelt werden. Das Grünbuch behauptet, um die Segmentierung – die Lücke zwischen Insidern und Outsidern – zu minimieren, müsse die Flexibilität in den Normalarbeitsverhältnissen erhöht werden. Zusätzlich wird behauptet, der Kündigungsschutz müsse abgebaut werden, da er die Dynamik der Arbeitsmärkte reduziere und damit die Chancen für Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer verschlechtert. ...

Für den EGB ist diese Sicht simplifizierend und einseitig und hat nicht den Wert der in den letzten Dekaden zu diesem Gegenstand erstellten Untersuchungen in Betracht gezogen und zollt auch nicht all den notwendigen Elementen von Politik ausreichend Aufmerksamkeit, die mit einem guten Funktionieren des Arbeitsmarktes und einer Integration der am meisten benachteiligten Gruppen in Verbindung stehen.

... Der EGB ist sehr besorgt darüber, dass das Grünbuch fast ausschließliche auf die individualrechtliche Seite des Arbeitsrechtes fokussiert ist und *der kollektivrechtlichen Seite nur sehr wenig Aufmerksamkeit schenkt*.

... Es ist für den EGB unakzeptabel, dass das Grünbuch das Niveau des Kündigungsschutzes als das bei weitem entscheidendste Element der Flexibilisierung sieht. ...

In vielen Mitgliedsstaaten haben Arbeitgeberstrategien oder wohlüberlegte Gesetzesreformen zu einem zweigeteilten Arbeitsmarkt geführt, auf dem eine wachsende Zahl von Beschäftigten – und hier meist die am meisten verletzlichen Gruppen der Beschäftigten wie Frauen, Jugendliche und Migranten –

unter Bedingungen permanenter Prekarität arbeiten.

Auch die sogenannten Standard-Beschäftigten blieben nicht verschont von dem wachsenden Druck der Globalisierung und wurden mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Einkommen und der Arbeitsverträge konfrontiert.

Mit Blick auf die Felder für EU-Aktivitäten sieht der EGB vor allem folgende Prioritäten:

Maßnahmen zur Verbesserung der *Möglichkeiten, Arbeit, Privates und Familienleben zu verbinden*, ...

Eine strenge *Richtlinie zur Arbeitnehmerüberlassung* mit europäischen Mindeststandards bezüglich des Verleihs von Arbeitnehmern als Ergänzung zur Entsenderichtlinie. Der EGB legt großen Wert darauf, dass Lohngleichheit, mit den Löhnen beim entleihenden Unternehmen als Referenzpunkt, ein existenzieller Teil der Richtlinie ist.

Mit Blick auf die Arbeitszeit ein klarer Bestand an Europäischen Mindestregularien, der die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten schützt. Dieser muss klare Standards für die maximale Arbeitszeit und Mindestruhezeiten setzen, die eine Unterkannte für die Unterbietungskonkurrenz bilden und damit allen Beschäftigten in ganz Europa einen *klaren und unzweideutigen Schutz ohne jegliche Ausstiegsklauseln* bieten. ...

Eine *einheitlichere Definition von „Arbeitnehmer“*, um die Kohärenz und eine bessere Durchsetzung der EU-Richtlinien zu verbessern. Dies sollte zuerst durch die Unterstützung gemeinsamer Kriterien und Richtlinien bezüglich der Definition von Beschäftigten und Selbständigen, wie in der ILO-Empfehlung von 2006 vorgeschlagen, gefördert werden.

... Den wachsenden informellen Sektor in Angriff nehmen, insbesondere die *Ausbeutung von Arbeitsmigranten* (ohne Papiere). Fokussierung auf Instrumente und Mechanismen um die Ausbeutung von Arbeitsmigranten zu bekämpfen, einschließlich der Anerkennung und Durchsetzung der fundamentalen Menschenrechte und der Kernarbeitsnormen für unvorschriftsmäßige Migration, anstatt sich auf Repression und Deportation zu setzen.

Quelle: www.etuc.org (eigene Übersetzung)



II. Stellungnahme des EU-Parlaments, 11. Juli 2007 (Auszüge)

Das Europäische Parlament,

1. begrüßt einen neuen Ansatz im Arbeitsrecht, der darauf abzielt, alle Arbeitnehmer unabhängig von ihrer vertraglichen Situation abzusichern; ...

5. ist der Auffassung, dass für eine Reform des Arbeitsrechts in den Mitgliedstaaten unter anderem folgende Prioritäten gelten:

a) Erleichterung des Übergangs zwischen verschiedenen Situationen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit;

b) Gewährleistung eines angemessenen Schutzes der Arbeitnehmer in Nichtstandard-Beschäftigungsverhältnissen;

c) Präzisierung des Rahmens von abhängiger Arbeit sowie der Grauzone zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung;

d) Bekämpfung unangemeldeter Arbeit; ...

8. vertritt die Auffassung, dass ein Arbeitsrecht, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen soll, verstärkt auf die Beschäftigungssicherheit während der gesamten Lebensarbeitszeit und weniger auf den Schutz einzelner Arbeitsplätze setzen muss, indem sowohl der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen als auch der Übergang von Arbeitslosigkeit zu Beschäftigung und der Wechsel von einer Beschäftigung zur anderen durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erleichtert werden, ...

9. ist der Auffassung, dass die für die Beschäftigung und die berufliche Tätigkeit der ... Bürger charakteristischen Arbeitsbeziehungen im letzten Jahrzehnt einen tief greifenden Wandel erfahren haben; stellt fest, dass der Vertrag über eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung die allgemeine Form des Beschäftigungsverhältnisses ist und als solcher auch als die Referenz für eine kohärente und konsequente Anwendung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung betrachtet werden sollte; vertritt daher die Auffassung, dass das europäische Arbeitsrecht unbefristete Arbeitsverträge als generelle Form des Arbeitsverhältnisses anerkennen sollte, in denen ein angemessener Sozial- und Gesundheitsschutz vorgesehen sowie die Achtung der Grundrechte gewährleistet ist; ...

13. weist darauf hin, dass es den jüngsten Untersuchungen der OECD und anderen Studien zufolge keinen Beweis für die Behauptung gibt, dass ein Abbau des Kündigungsschutzes und eine Schwächung der Standardarbeitsverhältnisse zu mehr Beschäftigungswachstum führen; weist darauf hin, dass das Beispiel der skandinavischen Länder eindeutig zeigt, dass ein hohes Kündigungsschutzniveau und Standardarbeitsverhältnisse sehr wohl mit

einem hohen Beschäftigungswachstum vereinbar sind; ...

16. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission das individuelle Arbeitsrecht in den Vordergrund stellt, und fordert sie auf, das kollektive Arbeitsrecht als eines der Mittel zu fördern, um unter anderem dadurch sowohl die Flexibilität als auch die Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erhöhen;

17. ist davon überzeugt, dass jedem Arbeitsverhältnis, ob Nichtstandard- oder anderen Arbeitsverhältnissen, unabhängig vom spezifischen Beschäftigungsstatus gewisse Mindestrechte zu Grunde liegen müssen, zu denen folgende gehören: Gleichbehandlung, Gesundheitsschutz und Sicherheit der Beschäftigten sowie Arbeitszeit-/Ruhezeitregelungen, Vereinigungs- und Vertretungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen, kollektive Maßnahmen sowie Zugang zur Fortbildung; ...

28. stellt fest, dass viele der im Grönbuch erörterten flexiblen Arbeitnehmer nicht in die Struktur des derzeitigen sozialen Dialogs einbezogen wurden, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sind ...

30. stellt fest, dass aufgrund der Segmentierung des Arbeitsmarktes ... bei vielen Nichtstandard-Verträgen nur wenig Zugang zur allgemeinen oder beruflichen Ausbildung, zu Berufsrenten und fachlicher Entwicklung gegeben ist und im Allgemeinen zu wenig in das Humankapital investiert wird; ...

43. empfiehlt den Mitgliedstaaten, dem Rat und der Kommission, im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung Informationen über bewährte Praktiken im Bereich der flexiblen Arbeitszeitgestaltung auszutauschen und innovativen Arbeitszeitregelungen, die zu einer guten Ausgewogenheit zwischen Arbeits- und Familienleben führen, Rechnung zu tragen; ...

62. betont die Notwendigkeit, Regelungen über die gesamtschuldnerische Haftung für General- oder Hauptunternehmen zu erlassen, um Missbrauch bei der Untervergabe und beim Outsourcing von Arbeitnehmern entgegenzuwirken und einen transparenten und wettbewerbsfähigen Markt für alle Unternehmen auf der Grundlage gleicher Bedingungen im Hinblick auf die Einhaltung der Arbeitsnormen und Arbeitsbedingungen zu schaffen;

63. zeigt sich zutiefst überzeugt, dass die Schaffung prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsplätze keine angemessene Antwort auf Verlagerungstendenzen ist, von denen immer mehr Sektoren betroffen sind; glaubt im Gegenteil, dass Investitionen in die Forschung, die Entwicklung, die Ausbildung und das lebenslange Lernen den Sektoren, denen es derzeit an Wettbewerbsfähigkeit fehlt, den Aufschwung bringen können;

Quelle: www.europarl.eu.int

2. September. Schleswig-Holstein. *Landesparteitag Die Linke.*

6./7. September. Bielefeld. *Prävention: Verloren im Bermuda-Dreieck.* ARGE – Fachstelle – Wohnungslosenhilfe freier Träger? Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. Die soziale Verantwortung der Kommunen und die Rolle der Wohnungslosenhilfe bei der Sicherung und bei dem Erhalt von Wohnraum unter den Bedingungen des SGB II und XII – dies ist das zentrale Thema der Tagung. Im Mittelpunkt des ersten Tagungstages stehen die Bestandsaufnahme und der Erfahrungsaustausch zur Situation der Fachstellen nach Einführung des SGB II und der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen. Neben dem notwendigen Erfahrungsaustausch sollen im weiteren Tagungsverlauf Perspektiven entwickelt werden, Perspektiven sowohl für eine effektive Wohnungssicherung und den Wohnungserhalt unter den Bedingungen des SGB II als auch für eine organisierte Kooperation von kommunalen Fachstellen und freiverbandlicher Wohnungslosenhilfe. <http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/index2.html>

8./9. September. Niedersachsen. *Landesparteitag Die Linke.*

15. September. Berlin. *Demonstration „Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze.“*

15./16. September. Nordrhein-Westfalen und Bayern. *Landesparteitag Die Linke.*

15. bis 18. September. Freiburg. *27. Deutscher Jugendgerichtstag.* Mit dem Tagungsmotto Fördern, Fordern, Fallen Lassen wird eine aus der Sozialen Arbeit stammende, gegenwärtig auch in anderen Lebensbereichen sehr populäre Formel aufgegriffen. Das Motto drückt die Befürchtung aus, dass gegenwärtig im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendstrafrechtspflege etablierte sozialstaatliche Standards mit dem Hinweis auf individuelle Verantwortlichkeiten zurückgefahren werden. Damit verbindet sich die Frage nach den Chancen, die wir als Gesellschaft bereit sind der Jugend zu gewähren. Verschärft stellt sich diese Frage bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die strafrechtlich auffällig geworden sind. Veranstalter: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. und andere. Näheres unter: <http://www.dvjj.de/>

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

29./30. September. Hamburg. *Landesparteitag DIE LINKE.* Wahl der Landesliste für die Bürgerschaftswahl 2008.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. *2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.*

4./5. Oktober. Berlin. *Konferenz: Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz.* Veranstalter: ai, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV), European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Holtfort-Stiftung. Noch sechs Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York ist die Innenpolitik der europäischen Regierungen vom Paradigma der Terrorismusbekämpfung dominiert. In dem zeitlich und regional unbegrenzten "Krieg gegen den Terror" verschwimmen die Grenzen zwischen Polizei- und Strafrecht, als klassischen Gebieten der Innenpolitik, und militärischen Einsätzen, traditionell Maßnahmen der Kriegs- und Außenpolitik. Menschenrechte werden dabei immer wieder verletzt. Die Veranstalter wollen die jüngsten Entwicklungen im Bereich des "Kampfes gegen den Terror" thematisieren und die Menschenrechtsverstöße in diesem Bereich benennen und diskutieren. Anmeldungen erforderlich in der Geschäftsstelle des RAV: RAVeV@t-online.de, Tel: 030 41723555, Fax: 030 41723557.

20. Oktober. Baden-Württemberg. *Landesparteitag Die Linke.*

26 bis 28. Oktober. Hamburg. *SPD-Bundesparteitag.* Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

4. bis 10. November. Leipzig. *21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.*

22. bis 25. November. Hamburg. *1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.*

23. bis 25. November. Nürnberg. *Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.*

24. November. Berlin. *Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken.*

25. November. Prag. *II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.*

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html